

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mk. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Vom Parteitag in Jena	589	tierer und Mittenbelleber Deutschlands.	
Wichtigere Beschlüsse des Parteitages	592	— Schweizerischer Gewerkschafts-Kongress	599
Statistik und Volkswirtschaft. Eine Untersuchung der Lehrlingsausbildung im deutschen Kartographiegewerbe	593	<b>Lohnbewegungen und Streiks.</b> Der Abbruch der Bewegung im britischen Transportgewerbe	600
Wirtschaftliche Rundschau	594	<b>Gewerbegerichtliches.</b> Wahlen. — Vom Recht der Zeugnisse	602
Arbeiterbewegung. Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910. — Von den amerikanischen Gewerkschaften	595	<b>Kartelle und Sekretariate.</b> Gewerkschaftssekretäre für Eberfeld-Barmen gesucht	603
Kongresse. Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Zigarrenfor-		<b>Anderer Organisationen.</b> Charakteristische Arbeit über den Centralgewerksverein der Bergarbeiter. — Ein „Streik“ der Straßenbahner in Saarbrücken	604
		<b>Mitteilungen.</b> An die Verbandserpeditionen	604

### Vom Parteitag in Jena.

Zum zweiten Male tagte der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Jena. 1905 stand als Brennpunkt der Verhandlungen die Frage des Generalstreiks, ob die Partei ihrer alten Auffassung treu bleiben sollte, die jeweilige Situation über die anzuwendenden Mittel entscheiden zu lassen, oder ob der von Dr. Friedberg eingeleiteten Generalstreiksagitation Zugeständnisse zu machen seien, kurz, ob die These Auer's, Generalstreik ist Generalunruhm, zum alten Eisen gehöre oder nicht. Der diesjährige Parteitag dagegen hatte die Aufgabe, die letzten Vorbereitungen für die kommenden Reichstagswahlen zu treffen, er befand sich auf altem erprobten Kampfespfaden, auf dem die Partei, abgesehen von der längst überholten Schluppe bei den Hottentottenwahlen, stets Erfolg zum Erfolg reihen konnte. Es galt daher im wesentlichen festzustellen, ob die Waffen für den Wahlkampf geschliffen und ob die Reihen geschlossen sind. Und von vornherein kann festgestellt werden, daß die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse bei dieser Musterung in bester Ordnung und klar zum Gefecht befunden wurde.

Der Bericht des Parteivorstandes zeigte das Bild enger organisatorischer Tätigkeit der ganzen Partei. Die Organisation hat allein im letzten Berichtsjahre ihre Mitgliederzahl um 116 524 auf 836 562 steigern können, die Presse befindet sich im steten Aufschwung und ihre Abonnentenzahl hat bereits die achtunggebietende Höhe von 1 306 465 erreicht; allein das letzte Jahr brachte einen Zuwachs von 146 449 Abonnenten. Seit den Reichstagswahlen von 1907 hat die Parteipresse demnach ihren Abonnentenstand um eine halbe Million erhöht und um die gleiche Zahl ist der Mitgliederbestand der Partei in den letzten fünf Jahren gestiegen. In 374 Wahlkreisen bestehen bereits sozialdemokratische Parteiorganisationen, die im letzten Jahre über eine Gesamteinnahme von 3,7 Millionen Mark und über einen Massenbestand von 753 976 Mk. berichten konnten.

Die Parteikasse hatte eine Einnahme von rund 1,4 Millionen Mark und ihr Vermögensbestand betrug rund 531 000 Mk. Für die Erziehung der gewonnenen Mitglieder wie der Jugend sind bedeutende organisatorische Einrichtungen getroffen und ausgebaut worden. In 2650 Gemeindeverwaltungen ist die Partei eingedrungen und die Zahl ihrer Vertreter in diesen Gemeindeverwaltungen beträgt 6895; in den Landtagen von 19 Bundesstaaten ist sie durch 188 Abgeordnete vertreten. Überall leben wir die Arbeiterpartei in rastloser Tätigkeit, die die Grundlage des wachsenden Vertrauens bildet, welches die Partei in den breiten Massen des Volkes genießt.

Konnte der Parteitag von den Ergebnissen der Organisationsarbeit der Partei befriedigt sein, so ergab eine Prüfung der politischen Situation im Reiche, daß hier das Barometer auf Sturm zeigt. Nie war die politische Zerfahrenheit im Lager der Gegner größer als jetzt. Die grenzenlose Müttungspolitik hat die Steuerkraft des arbeitenden Volkes aufs äußerste angespannt; anstatt aber die vermehrten Lasten auf die tragfähigeren Schultern zu legen, hat der schwarz-blaue Block neue indirekte Steuern beschlossen, die die Lebenshaltung der breiten Massen ungemein erschweren. Die Zollpolitik, die Abiperrung der Grenzen, die unter der Bezeichnung „Einfuhrscheine“ durchgeführten Exportprämien zur Bereicherung der oitelbischen Agrarier und viele andere Maßnahmen der hochschützöllnerischen Aera, haben eine Verteuerung der Lebensmittelpreise zur Folge gehabt, die das Volk zur Unterernährung verdammt. Dazu sind in diesem Jahre die ungunstigen Witterungsverhältnisse getreten, die bereits eine weitere Preiserhöhung für die wichtigsten Lebensmittel gebracht haben und zum kommenden Winter die trübsten Aussichten für die breiten Massen bieten. Trotz alledem hat die Regierung keine anderen Maßnahmen für notwendig gefunden, als eine Herabsetzung der Frachtpreise für einzelne Waren-gattungen zu versprechen. Diese Zustände erfordern ein energisches Vorgehen des Volkes bei den kommenden Reichstagswahlen, um die gegenwärtige Reichs-

Marokkofrage, die Interessengegenätze kapitalistischer Gruppen in Deutschland und Frankreich, die zu einem Kriege zwischen den beiden Völkern zu führen drohen, und er kritisierte mit Schärfe die Regierung, die im Laufe der Jahre und insbesondere jetzt durch Entsendung von Kriegsschiffen nach Marokko schwere den Weltfrieden bedrohende Fehler gemacht habe. Insbesondere wandte er sich auch gegen die englische Regierung, die durch ihre Haltung die Gegensätze verschärfen half. Er forderte die friedliche Beilegung des Konflikts, das ganze Objekt sei nicht im entferntesten der ungeheuren Opfer wert, die ein Krieg verursachen würde. Scharf wandte sich Bebel auch gegen die Kriegsheber im alldeutschen Lager. Sodann schilderte er die Stellung der Partei, wobei er der Generalstreiks-idee tödliche Stiche versetzte. Wir fügen einige seiner diesbezüglichen Ausführungen hier an:

„Unsere Haltung den Vorgängen gegenüber hat natürlich in gegnerischen Kreisen wieder das Geschrei von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokraten ausgelöst. Man hat auf unsere Haltung im Jahre 1870 hingewiesen, man hat gesagt, die Sozialdemokratie gehe sogar damit um, im Falle eines Krieges einen Massenstreik zu inszenieren. Es fällt mir gar nicht ein, auch nur mit einem Wort darauf einzugehen. Ich habe dazu gar keinen Anlaß. (Sehr richtig!) Die Stellung im Falle eines Krieges ist von der Partei längst festgelegt worden, nicht erst heute und gestern. Die Frage hat auf allen internationalen Kongressen seit langem eine große Rolle gespielt. In Zürich war es Nieuwenhuis, der neben einem Massenstreik zugleich einen Militärstreik befürwortete, aber er ist mit ungeheurer Majorität auch von der deutschen Partei niedergestimmt worden. Wir haben dieselbe Frage später auf internationalen Kongressen gehabt, wir haben sie in Paris, in Amsterdam, wir haben sie zuletzt noch in Stuttgart gehabt, und auf allen diesen Kongressen ist klar und deutlich seitens der deutschen Partei gesagt worden: wir bedanken uns, uns auf irgendetwas festzulegen. (Sehr richtig!) Auf dem internationalen Kongress in Stuttgart insbesondere waren es die gesamten Franzosen von Hervé, von der äußersten Linken bis hinüber zu Jourés auf der Rechten, die verlangten, die Internationale müsse beschließen, sobald ein Krieg auszubrechen drohe, einen allgemeinen Massenstreik zu inszenieren. Ich habe damals die Ehre, mit Haase und Bollmar in der sogenannten Militärkommission zu sein, die über diese Frage zu beraten hatte, und ich habe dort in der kategorischsten Weise erklärt, daß eine Resolution mit einem solchen Inhalt für uns Deutsche einfach unannehmbar sei. (Sehr richtig!), daß es Verrücktheit wäre, einer solchen Resolution zuzustimmen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir konnten uns nicht verständigen. Die Sache wurde einer Unterkommission überwiesen, der wir drei angehörten, wir gerieten dort wieder mit den Engländern und Franzosen in Konflikt.

Wir haben ausführlich nachgewiesen, warum es unmöglich sei, einer derartigen Resolution die Zustimmung zu geben. Und als man dann schließlich doch um jeden Preis es durchsetzen wollte, da habe ich namens unserer Delegation erklärt: Gut, es ist Eure Sache, zu beschließen, beachtet, was Euch gut dünkt, aber wir Deutsche machen nicht mit, wir wehren uns dagegen! (Bravo!) Da sagten sie: Ja, wenn die Deutschen in dieser Weise auftreten wollen, dann geht es eben nicht, denn mit den Deutschen müssen wir uns doch schließlich verständigen. Und so wurden wir drei beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten und der Kommission vorzulegen. Die entscheidenden Sätze dieser Resolution finden Sie im Kongressprotokoll über den Stuttgarter Internationalen Kongress (Seite 85 und 86.) Dort heißt es u. a.:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenschließende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles anzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Der Inhalt dieser Resolution besagt also nicht, daß wir alle in gleicher Weise vorgehen sollen, sondern er besagt, und das ist der Unterschied zwischen uns und den Franzosen, daß es jeder Nation überlassen bleibt, in ihrer Weise zu handeln, wie sie es für gut hält oder wie es möglich ist. Das ist das einzig Richtige, was geschehen kann.“

Redner schilderte sodann die wirtschaftlichen Wirkungen eines Krieges, der eine Revolution in unseren gesamten sozialen Verhältnissen hervorgerufen würde. Arbeitslosigkeit, Verdienstlosigkeit überall, die Zufuhr von Lebensmitteln unterbunden und die Lebensmittelpreise erreichen bald eine unerschwingliche Höhe, eine allgemeine Hungersnot würde damit eintreten. „Da fragen die Massen, sagte Bebel, nicht nach dem Massenstreik. Da schreien sie nicht nach dem Massenstreik, sondern nach Brot, nach Arbeit und Brot, die mit Ausnahme der Industriellen und Gewerbe, die direkt am Kriege interessiert sind, niemand ihnen bieten kann.“ Und der Parteitag zeigte durch lebhafteste Kundgebungen seine Zustimmung zu den Ausführungen des Redners. Die Resolution des Parteivorstandes fand nach Ablehnung einiger Abänderungsanträge einstimmige Annahme.

Die Ausführungen Bebels haben den Drahtziehen des schwarz-blauen Blokes arge Enttäuschung gebracht. Sie hatten vor einigen Wochen durch die Führer der „Christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ eine Erklärung verbreiten lassen, die sich gegen angebliche Massenstreikabsichten der Sozialdemokratie im Falle eines Krieges richtete. Jetzt weist Bebel dokumentarisch nach, daß die deutsche Sozialdemokratie seit jeher die Massenstreiks-idee für den Kriegsfall abgelehnt hat, daß nur durch ihren Widerstand die Arbeiterinternationale davon Abstand nahm, den Massenstreik befürwortende Anträge der Genossen anderer Nationen anzunehmen. Die hübsch eingefädelte Aktion der Blockführer, die eine Wahiparole gegen die Sozialdemokratie werden sollte, ist also wiederum vergeblich gewesen.

Von den weiteren Verhandlungen des Parteitages ist hier nicht viel zu berichten. Zu erwähnen ist, daß der Parteivorstand um zwei Sekretäre, die Genossen Scheidemann und Braun, verstärkt wurde. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Genosse Haase-Königsberg gewählt, der nach Berlin übersiedeln wird. Ferner wurde eine Kommission von 22 Mitgliedern eingesetzt, die bis zum nächsten Parteitag die Frage einer Reorganisation des Parteivorstandes mit diesem gemeinsam prüfen soll. Zur Wahl Haases sind in der Presse Ausführungen gemacht worden, die den Tatsachen nicht entsprechen und daher einer Richtigstellung bedürfen.

tagsmajorität wegzufegen und Vertreter in den Reichstag zu entsenden, denen das Allgemeinwohl höher steht als die Sonderinteressen einer kleinen aber einflussreichen Schicht von Grundbesitzern. Das ist um so notwendiger, als der kommende Reichstag überhaupt das ganze Gebiet der Handelspolitik einer Prüfung zu unterziehen hat. Während der kommenden Legislaturperiode wird eine Revision des geltenden Zolltarifs stattfinden müssen, und da gilt es, ob der Brotwucher weiter typisch für die Handelspolitik des Reiches sein soll oder nicht. Die kommenden Wahlen sind also auch besonders vom gewerkschaftlichen Standpunkt von einschneidender Bedeutung. Die fortgesetzte Preissteigerung der Lebensmittel erschwert ungemein die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterklasse, ihre wirtschaftliche und kulturelle Lage zu heben.

Der Parteitag hat in dieser Frage eine gute Vorarbeit für die Wahlen geleistet. In einem großzügigen Meßrat zeigte Bebel die Ergebnisse der bisherigen Reichspolitik, der Politik der aus Merkmalen, Junkern und „Mittelständlern“ gebildeten Reichstagsmajorität. Mit rücksichtsloser Schärfe geißelte er die Demagogie des Zentrums, das in hervorragendem Maße für die gegenwärtige Misere verantwortlich ist. Das Zentrum ist der hervorragendste Träger der jetzigen Zoll- und Steuerpolitik, ihm verdankt das Volk die Zollerhöhungen von 1902, wie die „Reichsfinanzreform“ von 1909. Im Bündnis mit den Junkern hat das Zentrum alle indirekten Steuern bewilligt, die jetzt die Lebenshaltung des Volkes bis zur Hungersnot herabdrückt. Die von Bebel herausgegebene Parole, alles aufzugeben, um den schwarz-blauen Blod zugrunde zu richten, wird daher allseitige Zustimmung bei der selbständig denkenden Arbeiterklasse finden.

Um dieses Ziel zu erreichen, traf der Parteitag Bestimmungen über die Haltung der Partei bei den Stichwahlen, die voraussichtlich in großer Zahl notwendig sein werden. Demnach sollen nur solche bürgerliche Kandidaten bei den Stichwahlen die Stimmen der sozialdemokratischen Wähler erhalten, die sich verpflichten, das jetzige Reichstagswahlrecht aufrechtzuerhalten, gegen eine Beschränkung des Vereins-, Versammlungs- und Apellationsrechts, gegen eine Verschärfung der politischen Paragraphen des Strafrechts und gegen jegliches Ausnahmegezet, ferner gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Lebensmittelzöllen oder indirekten Steuern auf Verbrauchsgüter der großen Massen, zu stimmen. Alle diese Forderungen sind von wesentlicher Bedeutung für die Gewerkschaften, deren Lebensinteressen sie direkt berühren. Wir können nicht umhin, sie als außerordentlich bedeutsam zu bezeichnen, und wir würden nichts gegen eine Verschärfung gerade der letzten Forderung einzuwenden haben. Die Arbeiterklasse muß von dem kommenden Reichstag nicht nur keine Neubelebung mit indirekten Steuern, wozu auch die Lebensmittelzölle gehören, sondern sie muß zum mindesten eine erhebliche Herabsetzung der Getreidezölle sowohl als der übrigen Lebensmittelzölle fordern, die unter der falschen Flagge: „Schutz der nationalen Arbeit“, vom schwarz-blauen Blod eingeführt oder erhöht worden sind. Es wäre u. G. kein Fehler gewesen, diese Forderung gleich in den Stichwahlbedingungen zum Ausdruck zu bringen, damit sowohl die bürgerlichen Wähler als ihre Kandidaten sogleich

aufmerksam gemacht werden auf die wirkliche Bedeutung der Reichstagswahlen von 1912. Das jetzt geforderte ist wirklich das allermindeste dessen, was die Arbeiter bei ihrer Stimmabgabe in der Stichwahl von einem bürgerlichen Kandidaten verlangen müssen. Wer das nicht zugehen will, soll ruhig durchfallen.

Zur Frage der Reichstagswahlen gehört eigentlich auch die Reichsversicherungsordnung, über die Molkenbuhr in einem eingehenden Meßrat die Haltung der Reichstagsmajorität geißelte. Die Reichsversicherungsordnung sollte ja die Wahlparole der Regierungsparteien werden. Molkenbuhr wies aber treffend nach, daß sie in Wirklichkeit ein sehr brauchbares Agitationsmaterial der Opposition bietet. Die Verhöhnung der Witwen und Waisen und der Landarbeiter sowohl als die Bureautratifizierung der ganzen Versicherung und die Entrechtung der Versicherten in der Verwaltung der Krankenkassen, macht es den Wählern zur Pflicht, von der Reichstagsmajorität Mechenhaft zu fordern. Die Mahnung Molkenbuhrs an die Parteitagvertreter, die Reichsversicherungsordnung nicht als ein „langweiliges Thema“ anzusehen, sondern in die Materie einzudringen, war recht am Platze. Es findet sich darin, sagte er, ein Agitationsmaterial, wie wir in der ganzen Gesetzgebung kein zweites haben. Diese Mahnung sollte auch in der gewerkschaftlichen Agitation Beachtung finden; es sind christliche Gewerkschaftsführer gewesen, die in hervorragendem Maße an der Entrechtung der bisher Versicherten, an der Bureautratifizierung der Versicherung und an der Verhöhnung der Witwen und Waisen wie der Landarbeiter mitgewirkt haben.

Die Marokkopolitik der Regierung und die damit zusammenhängende Kriegsgefahr führte zu längeren Verhandlungen auf dem Parteitage. Ein kleiner Kreis von Parteimitgliedern glaubte, eine Aktion gegen den Parteivorstand wegen angeblicher Unterlassungssünden in dieser Frage inszenieren zu müssen. Noch rechtzeitig vor dem Parteitag wurde in den bekannten Parteioarganen die übliche Parteitagehebe eingeleitet. Man warf dem Parteivorstand vor, nicht rechtzeitig die Massen gegen das Marokkoabenteuer aufgerufen zu haben, benutzte zu diesem Zwecke den Privatbrief eines Vorstandsmitgliedes an das internationale sozialistische Bureau in Brüssel in indirekter Weise, und man wollte schließlich, daß der Parteitag dem Vorstände einen Tadel aussprechen sollte. Aber die Abneigung gegen diese alljährlich sich wiederholenden Treibereien war glücklicherweise bei der kompakten Majorität des Parteitages zu stark, so daß die Aktion der Unentwegten peripuffen mußte. Die Tadelanträge wurden zurückgezogen, um nicht der glatten Ablehnung zu verfallen.

Die Marokkofrage selbst wurde von Bebel gesondert in einer bedeutsamen Rede behandelt, die in zwischen der Presse der Blodparteien schwer auf die Nerven gefallen ist. Er stellte fest, daß die Sozialdemokratie das natürliche Verlangen habe, daß Deutschlands Handel und industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen in Marokko sich vollziehen kann, wie die jedes anderen Staates, daß also alle Staaten unter voller Gleichberechtigung in Marokko ihre Interessen verteidigen dürfen, daß keiner dem anderen vorgezogen wird, keiner seine Stellung mißbraucht, um die anderen zurückzudrängen. Bebel schilberte sabann die Entwicklung der

Einfuhrscheine. Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigung der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art. Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranstaltungen zur Förderung der Produktion und des Verkehrs der Lebensmittel in solchem Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist. Der Parteitag ruft alle Parteiorganisationen zur intensiven Agitations- und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhänger zu zuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiet des Zoll- und Steuerwesens, zu stärken; desgleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufblühende sozialdemokratische Presse empfohlen. Der Parteitag ermahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, und in dieser Zeit maßloser Preiserhöhungen aller notwendigen Bedarfsartikel die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohn-erhöhungen zu erzwingen. Ebenso fordert der Parteitag, alle Männer und Frauen auf, sich den politischen Organisationen der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum Genossenschaftlichen Zusammenschluß auf.

### Protest gegen die Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung.

Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung durch Polizei, Schulaufsichtsbehörden und Justiz.

Um so unerhörter sind diese Verfolgungen, als sie angeblich die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor der Verührung mit politischen Angelegenheiten bewahren, in Wirklichkeit aber die Arbeiterjugend der bürgerlichen Jugendbewegung zutreiben sollen und damit eine offenbare politische Beeinflussung der Arbeiterjugend im sogenannten staatsfreundlichen Sinne darstellen.

Der Parteitag warnt die Genossen und Genossinnen allerorts vor den heuchlerischen Bestrebungen der bürgerlichen konfessionellen und interkonfessionellen Jugendfreunde, insbesondere vor den mit einer Million Mark unterstützten Maßnahmen der staatlich preussischen „Jugendpflege“. In mannigfaltigen und äußerlich harmlosen Formen, besonders im Anschluß an die Fortbildungsschule, sollen nach dem Wunsche der preussischen „Lehrer, Aerzte, Geistlichen, Ingenieure, Offiziere“, und zwar „ohne nach außen irgendwelches Aussehen davon zu machen“, die Erziehung der Jugend im „vaterländischen Geiste“ fördern.

Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Eintritt in irgendwelche bürgerliche Jugendvereine und vor der Teilnahme an irgendwelchen bürgerlichen Jugendbestrebungen zu warnen. Er fordert zugleich alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die proletarische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu unterstützen.

### Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen verurteilt auf das schärfste die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglings-schutzes anläßlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den minderbemittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landkrankenlasten unterliegen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbezahlung hat

einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitals bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauerntums.

Sie führt häufig zu Unterleibs-erkrankungen, Erschwerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verküppelung und Ziehung der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unbemittelten Volksschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungs-gesetzgebung ansieht:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen, sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerschaftsunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammen-dienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist der Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.

## Statistik und Volkswirtschaft.

### Eine Untersuchung der Lehrlingsausbildung im Deutschen Kartographiegewerbe.

In der Nr. 44 des 19. Jahrganges vom 30. Oktober 1909 veröffentlichten wir eine Darstellung der beruflich-wirtschaftlichen Verhältnisse im Kartographiegewerbe Deutschlands. Dabei wiesen auch wir auf die geringe Zahl der organisierten Kartographen hin. Inzwischen ist nun seitens des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe eine energische Agitation unter den Arbeitern dieses Gewerbebezweiges eingeleitet worden, die infolge ihrer mangelhaften Organisation sehr unter der schlechten Berufslage zu leiden haben. In Berlin, dem Hauptsitz des Gewerbes in Deutschland, ist zum Zwecke besserer Behandlung der besonderen Berufsangelegenheiten der Kartographen innerhalb des Lithographenverbandes eine Sektion für diese Kategorie von Arbeitern ins Leben gerufen worden. Die Hauptaufgaben dieser Branchensektion sind die Vertreibung der Agitation und die weitere Untersuchung und Beobachtung der Berufsverhältnisse und ihrer Entwicklung. Einer der Hauptübelsstände im Berufe liegt im Lehrlingswesen; es werden zu viel Lehrlinge eingestellt und dann äußerst mangelhaft

Von einem Teile der Delegierten war Ebert vorgeschlagen worden, der aber die Kandidatur ablehnte; trotzdem erhielt er eine beträchtliche Stimmenzahl. Der „Vorwärts“ erklärt nun, die Opposition gegen die Wahl Haases habe sich nicht erhoben, „weil jemand an seinen politischen Fähigkeiten zweifelte, sondern, weil die Rechte ihn als zu radikal befand.“ Das trifft nicht zu. Nicht weil Haase zu radikal ist, trat ein nicht geringer Teil der Delegierten für Ebert ein, sondern lediglich im Interesse der Partei. Diese bedarf auf jenem wichtigen Posten einer Kraft, die in der Tätigkeit für die Einheit der Partei sich bewährt hat. Und eine solche Kraft hatte man in dem Genossen Ebert gefunden.

Ein anderer Beschluß des Parteitagcs bedroht die Genossen mit Ausschluß aus der Partei, die nicht dem Nürnberger Beschluß entsprechend ihren Arbeitsverdienst am 1. Mai an die Partei abführen. Dabei gab es auch eine kleine Maisfeierdebatte, die zu dem Beschluß führte, die ganze Maisfeierfrage auf dem internationalen Kongreß erneut zur Sprache zu bringen.

Der zweite Jenaer Parteitag hat in allem den Erwartungen entsprochen, die die organisierte Arbeiterschaft auf ihn gesetzt hatte. Er hatte den Wahlkampf einzuleiten und er hat das in einer Weise getan, die das Beste verspricht. Einig und geschlossen zieht die Partei der Arbeit in diesen Kampf, gestützt auf das Vertrauen der Massen. Mehr als zuvor gilt der Wahlkampf diesmal den wichtigsten Lebensinteressen der breiten Volksmassen, die heute nicht bloß unter der politischen Reaktion und sozialpolitischen Unfruchtbarkeit der Reichsgesetzgebung seufzen, sondern die infolge der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit ihre Lebenshaltung aufs äußerste herabgedrückt sehen. Diese Zustände gilt es zu beseitigen. Der Jenaer Parteitag ist als ein guter Wegweiser zu diesem Ziele zu bewerten.

## Wichtigere Beschlüsse des Parteitages.

### Resolution betreffend Reichstagswahlen.

Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitiation gründlich ausnützen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbepondere muß die Wahlagitiation auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;

Nr. 88

5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;

6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse

einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmenthaltung zu proklamieren.

### Resolution zur Marokkofrage.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation“ dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhegung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hegerden der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Ventemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gesüßigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere; ein Zustand, der zeigt, daß die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstages, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den völkerverfeindlichen Machinationen entgegenzutreten.

### Resolution betreffend die Lebensmittelsteuerung.

Die Reichstagsfraktion wird beim Zusammentritt des Reichstages den Reichskanzler sofort über die Teuerung interpellieren; sie unterbreitet dem Parteitag die nachstehende Resolution:

Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung die sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Oeffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, die Aufhebung des Systems der

von 4 auf 5 Proz. erhöhte, so entspricht dies zwar äußerlich lediglich dem Vorgehen im Vorjahre, aber die Lage gegenüber dem Vorjahre ist im Grunde doch wesentlich gespannter geworden und ein Umschlag zum Besseren ist vorläufig nirgends zu erkennen. Am 7. September war die steuerfreie Notenreserve noch immer um 103,7 Millionen Mark höher als am gleichen Vorjahrstermin, während sie nach der Wochenübersicht per 15. September nur noch um 20,6 Millionen Mark die Vorjahresziffer überragte. Die Verhältnisse des alten, in dieser Beziehung noch im Vorjahre geltenden Bankgesetzes zugrunde gelegt, bleibt die jüngste Steuerfreiheit sogar um 56,4 Millionen Mark hinter dem Vorjahre zurück. Die Berliner Wechselkurs stellen sich mehr und mehr so hoch, daß ein Goldabfluß unabwendbar. Kurzum, von allen Seiten sah man die Flüssigkeit des Geldmarktes bedroht und die daraus mit der Zeit naturnotwendig entspringende Einschränkung der Geschäftstätigkeit wurde überall bemerkbar.

In der Presse hat sich ein Streit darüber entsponnen, wie weit politische Berechnungen diese zunächst rein wirtschaftlich bedingte Korrektur der vorangegangenen Ueberspekulation veritärkt und künstlich beeinflusst haben. Vor allem wurde der plötzlichen Zurückziehung französischer kurzfristig in Deutschland untergebrachter Gelder eine Wertschuld an den deutschen Verlegenheiten zugeschrieben. Dabei sind zweifellos starke Ueberspekulationen mit untergelaufen. So veröffentlichte ein großes New Yorker Blatt eine Kabelnachricht seines Pariser Korrespondenten: ein erstes Pariser Institut habe der Deutschen Bank die Erneuerung eines Vorschusses von 6 Millionen Frank verweigert; und man kann der Versicherung der Deutschen Bank glauben, daß sie in jüngster Zeit keinerlei Vorschüsse von englischen oder französischen Banken und Firmen genommen oder beansprucht habe, sondern selber bedeutende Guthaben im Auslande unterhalte. Immerhin hatte eine Art finanzieller Kriegsführung zur Schwächung und rascheren Wüßbemachung des Gegners bei den diplomatischen Verhandlungen emaciert und Deutschland hat hier infolge seiner eigenartigen wirtschaftlichen Entwicklung verwundbarere Stellen als etwa Frankreich oder England. Unser rascherer ökonomischer Aufschwung läßt infolge der stärkeren Kreditbeanspruchung unseren Zinsfuß stets höher stehen wie in Paris oder London. Der höhere Zinsfuß lockt in außerordentlichem Maße fremde Gelder und Kapitalien herzu. Aber der breitere, reichlicher bemessene Kreditunterbau ist an sich, rein ökonomisch, in Zeiten der Gefahr wenig zuverlässig; und soweit vollends die Guthaben des Auslandes in Frage kommen, können unbestreitbar rein politische Erwägungen zu weiteren Störungen führen.

Doch wird man das alles nicht überschätzen dürfen. Solange dem ausländischen Kapital die Anlage in Deutschland rentabler und sicherer erscheint, wird es kaum in wirklichen Massen abwandern, nur um einem „patriotischen“, „nationalen“ Bedürfnis zu genügen. In der Tat spielen bei der Zurückziehung französischer Gelder die eigenen heimischen Bedürfnisse eine große Rolle. Vor allem verlangt das französische Wirtschaftsleben infolge der allgemeinen Teuerung der Lebensmittel und Rohstoffe, ferner infolge der drüber schon vorher ausgebrochenen und weiter andauernden Wirtenskrisis selber nach neuen Geldern und Kapitalien. Beispielsweise hat sich der Goldschatz der Bank von

Frankreich seit Ende Juni, also seit dem Beginn der Marokkokrisis, stark vermindert, während die Deutsche Reichsbank gleichzeitig zunächst noch Zugänge verzeichnete. Indes wird man dem „Berliner Tageblatt“ recht geben müssen, wenn es das deutsche Finanzkapital zu ruhigerer und soliderer Betätigung ermahnt: „Müssen wir aus den jetzigen Vorgängen am Geldmarkt eine Lehre ziehen, so kann es nur die sein, daß ein Land wie Deutschland mit so ungetümmter industrieller Entwicklung und so starkem einheimischen Geldbedarf nicht soviel Kapital wie in den letzten Jahren langfristigt im Ausland festlegen soll. Der Ehrgeiz, zu den ersten Bankiers der Welt zu gehören, steht einem Lande, das einen erheblichen Teil der langfristigt ins Ausland geliehenen Gelder sich kurzfristig vom Ausland zurückleihen muß, nicht sonderlich gut an, wenn auch seine Finanzkreise bei diesem zweifelhafte Geschäft zweimal verdienen mögen. . . . Es ist zweifellos richtig, daß die wechselseitige finanzielle Verquickung zwischen den großen Kulturländern, die in ihrer jetzigen enghemischen Kompliziertheit erst ein Produkt der letzten Jahrzehnte ist, absolut nicht übersehen, höchstens ahnen läßt, welche wirtschaftlichen Folgen und Verschiebungen ein großer europäischer Krieg im jetzigen Zeitalter des geschäftlichen Internationalismus haben kann und haben muß. Für jede beteiligte Nation bedeutet ein solcher Krieg einen wahrscheinlich verhängnisvollen Sprung ins Dunkle.“

Da seit der letzten Mundschau die Entwicklung der Getreidepreise nicht weiter aufwärts, sondern sogar abwärts ging, so seien die heutigen Preise noch kurz nachgetragen. Wir fanden am 4. September Dezemberroggen auf seinem Höchstpunkt mit 199,25 Mk.; er notierte am 18. September 186¼ Mk. Dezemberweizen stand am 4. September auf 220,75 Mk.; er notierte am 18. September 209¼ Mk. Selbst das sind noch sehr hohe Preise und daß die späteren Lieferungen stets höher wie die näheren Termine bewertet sind (Mairoggen 193½, Maiweizen 216), zeigt deutlich, wie der Handel die spätere Zukunft des Getreidemarktes einschätzt.

Berlin, 19. September 1911.

Max Schippel.

## Arbeiterbewegung.

### Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910.

Etwas früher als im vorigen Jahre veröffentlicht das Bundescomité des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Gestalt einer statlichen Broschüre von 128 Seiten seinen Bericht über die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910. Der Verfasser, Genosse Sekretär Guggler, strebt danach, die Herausgabe des Berichtes in Zukunft noch früher zu ermöglichen, wozu die promptere Berichterstattung der Verbände beitragen soll.

Den Mitteilungen des Berichtes über die inneren Verhältnisse des Gewerkschaftsbundes ist zu entnehmen, daß dessen Organ, die monatlich einmal erscheinende „Gewerkschaftliche Mundschau“, in einer Auflage von 2500 Exemplaren erscheint und daß das Bedürfnis nach öfterem Erscheinen besteht, um die ihr obliegenden vielseitigen Aufgaben besser erfüllen zu können, daß aber an eine solche Erweiterung des Blattes vorläufig, hauptsächlich wegen der hohen Kosten, nicht gedacht werden kann.

ausgebildet. Um ein genaues Bild von der Ausbildung der Lehrlinge, die sehr sorgfältig sein mußte, da nur tüchtig vorgebildete Arbeitskräfte die hochqualifizierte Arbeit zu leisten vermögen, zu erhalten, hat die Berliner Sektion den Versuch einer statistischen Erhebung über diesen Gegenstand gemacht.

Die Vertrauensleute des Verbandes in den kartographischen Anstalten erhielten den Auftrag, in jeder Firma einen bestimmten Lehrling eine Woche hindurch genau zu beobachten. Die Beobachtungen sollten in allen Firmen in derselben Kalenderwoche erfolgen. Die Vertrauensleute erhielten besonders für diesen Zweck bearbeitete Fragebogen. In diese mußten sie genau eintragen, welcher Art die Beschäftigung des Lehrlings in den einzelnen Arbeitsstunden war; für jeden Tag wurde ein besonderer Bogen ausgefüllt. Jede Unterbrechung der eigentlichen Berufsarbeit des Lehrlings durch Nebenarbeiten wurde notiert, auch wenn sie nur Minuten in Anspruch nahm. Die Berufsarbeit selbst war nach ihrem Wert für die Ausbildung in drei Beschäftigungsarten gegliedert worden: es wurden Übungsarbeiten, schwierigere und minderwertige Arbeiten für den praktischen Gebrauch unterschieden. Bei den Nebenarbeiten unterschieden wir solche für das Geschäft und solche für die Gehilfen.

Die Erhebungen konnten leider nur in sechs der größten Firmen der Branche erfolgen. Nach einer Statistik, die im Jahre 1909 aufgenommen worden ist, waren von den 139 Kartographen, die in Berlin arbeiten, in den 6 Firmen 97, und von insgesamt 35 Lehrlingen 21 dafelbst beschäftigt. Seitdem dürfte sich der Prozentanteil der sechs Firmen an den in Berlin tätigen Gehilfen und Lehrlingen noch erhöht haben.

Die Gesamtarbeitszeit der beobachteten sechs Lehrlinge betrug in den sechs Beobachtungstagen 278½ Stunden; die Arbeitszeit des einzelnen Lehrlings pro Woche schwankt zwischen 41 und 52½ Stunden. Davon entfielen auf Übungsarbeiten und qualifizierte Arbeiten für den Gebrauch, also auf solche Beschäftigungsarbeiten, bei denen allein von einem Lernen die Rede sein kann, nur 107½ Stunden oder 39 Proz. Die übrigen 61 Proz. verteilten sich auf minderwertige Arbeiten für den Gebrauch, die den Lehrling in keiner Weise fördern, und auf Nebenarbeiten. Minderwertige Arbeiten waren mit 43½ Proz., Nebenarbeiten für das Geschäft mit 11½ Proz., für die Gehilfen mit 6 Proz. beteiligt. In einer Firma wurde der Lehrling von den 46½ Arbeitsstunden der Woche 36 Stunden oder 77 Proz. mit geringeren Berufsarbeiten beschäftigt, in einer anderen Firma entfielen von 52½ Stunden Arbeitszeit gar 47¼ Stunden oder 90 Proz. auf diese geisttötende Beschäftigung. Eine weitere Firma betrachtet den Lehrling als Laufburschen; von den 15¼ Stunden Gesamtarbeitszeit mußte der Lehrling 14¼ Stunden oder 91½ Proz. für Geschäftsgänge und ähnliche Verrichtungen hergeben. Auf Übungsarbeiten kamen befriedigende Zeiten nur in zwei Geschäften: in der einen Firma übte der Lehrling 34 Stunden 5 Minuten oder 83,12 Proz. von 41 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit, im zweiten Betrieb 29 Stunden 20 Minuten oder 61,10 Proz. von seiner Gesamtarbeitszeit. In zwei anderen Firmen kamen die Lehrlinge überhaupt nicht an ihre Übungsarbeiten. Das ist besonders zu beachten, da umfassende, gut geleitete Übungsarbeiten das einzige Mittel sind, um brauchbare Kräfte für den Kartographieberuf heranzubilden. Aus diesem Grunde erhalten die Lehrlinge in den meisten karto-

graphischen Anstalten keine oder nur eine sehr minimale Kostgeldentschädigung.

Es ist möglich, daß gegen die Statistik von den Unternehmern der Einwand erhoben wird, daß das ungünstige Ergebnis der Erhebungen ein zufälliges ist oder gar, daß in den einzelnen Geschäften absichtlich eine Zeit für die Aufzeichnungen gewährt wurde, die ein für die Unternehmer ungünstiges Bild ergeben mußte. Dagegen ist zu sagen, daß die Beobachtungen in allen sechs Firmen gleichzeitig erfolgten und daß die Woche, in der die Vertrauensmänner die Erhebungen vorzunehmen hatten, von der Sektionsleitung bestimmt worden war. Ein „Aussuchen“ gab es also nicht. Der Beweis dafür wird geliefert durch die verhältnismäßig günstigen Zahlen, die in einigen Betrieben ermittelt werden konnten. Der durchschnittliche Anteil der einzelnen Beschäftigungsarbeiten an der Gesamtarbeitszeit, der in den oben angeführten Prozentziffern, die für alle 6 Lehrlinge gelten, zutage tritt, dürfte daher ein ziemlich zutreffendes Bild von der Lehrlingsausbildung im Kartographiegewerbe Berlins geben.

Daß die Verhältnisse nicht allein in Berlin so traurig sind, ergab ein ähnlicher Versuch, den die Organisationsleitung jüngst in einer kartographischen Anstalt Leipzig gemacht hat. Dort beobachtete man einen Lehrling 22 Tage lang. In der ganzen Zeit wurde der Lehrling nur 68½ Stunden mit Berufsarbeiten, 107½ Stunden dagegen mit allerlei Nebenarbeiten beschäftigt.

Ein Mangel der Berliner Statistik besteht aber darin, daß die Lehrlinge, die beobachtet worden sind, verschiedenen Alters sind. Wenn der Versuch wiederholt werden sollte, würde es sich empfehlen, in jedem Betrieb je einen Lehrling im ersten, zweiten, dritten und vierten Lehrjahre zu beobachten. Es können dann für jedes Lehrjahr besondere Berechnungen angestellt werden, woraus erst ein völlig klares Bild der Verhältnisse entstehen würde. Jde.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Abwärtende Börsenzerrüttung. — Die ausländischen Gelder in Deutschland. — Die letzten Getreidepreise.**

Die Börsenzerrüttung ist vorläufig zum Dauerzustand geworden. Nicht nur in Berlin und Deutschland, sondern auch in Paris und London, aber die schwerste Erschütterung hat zuletzt der deutsche Wertpapiermarkt erlitten, und naturgemäß hat sich der Rückschlag von da aus auf andere Gebiete weiter ausgebreitet.

Beispielsweise haben nicht bloß die Aktien der Terraingesellschaften Kurseinbußen erlitten, sondern die Hypothekeninstitute wurden unter dem Druck des allgemeinen Mißtrauens außergewöhnlich zurückhaltend in Darlehnszusagen; „der sonst zum Herbst hin regelmäßig lebhafter werdende Grundbesitzwechsel hielt sich in äußerst engen Grenzen“. Schließlich spürte der ganze Geld- und Kreditmarkt die ängstliche Zurückziehung älterer Darlehen, die größere Vorsicht bei Gewährung neuer Kredite. In Paris stieg kurz vor Mitte September der Privatdiskont von 2¼ Proz. auf 3 Proz. In Berlin näherte sich der Privatdiskont rasch der offiziellen 4prozentigen Reichsbankrate; vorübergehend hatte er sie bereits einmal am 7. September erreicht, am 18. September ging er sogar über sie hinaus. Wenn deshalb schon am 19. September, die Reichsbankleitung den Diskont

In die Besprechung der „Vorkämpferin“, des Organs der organisierten Arbeiterinnen, insbesondere des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes, spielt auch das Glend der schweizerischen sozialdemokratischen Partei hinein, das mit daran schuld ist, daß sie noch nicht die Bedeutung besitzt, die notwendig wäre, um dem Befreiungskampf des weiblichen Proletariats die erforderliche Stoß- und Schlagkraft zu verleihen. „Solange die schweizerische sozialdemokratische Partei,“ schreibt Genosse Suggler, „nach innen und außen nicht ein festgeschlossenes, einheitlich und harmonisch zusammengefügtes Ganzes bildet, ist an eine machtvolle Entfaltung der Arbeiterinnenbewegung nicht zu denken.“ Um nicht ungerecht und einseitig zu sein, mag man sich ja an die Tatsache erinnern, daß die Arbeiterinnenbewegung überall, so auch in Deutschland, zu wünschen übrig läßt. In der Schweiz sind etwa 7000 Arbeiterinnen und Hausfrauen organisiert, davon zirka 6000 gewerkschaftlich und zirka 1000 politisch. Die „Vorkämpferin“ zählt aber nur 2500 Abonnenten, wovon ein Teil auf den Textilarbeiterverband entfällt, der sie neben dem „Textilarbeiter“ in jene Arbeiterfamilien liefert, von denen mehrere Glieder ihm als Mitglieder angehören.

Vom Tätigkeitsprogramm des Bundescomités bzw. Sekretariats ist manches durchgeführt, anderes in Angriff genommen worden, so namentlich die Agitation gegen die Teuerung, über die Genosse Suggler eine wertvolle Broschüre geschrieben, die Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit, gegenseitige Hilfeleistung der Verbände usw. Der Arbeiterschutzesgesetzgebung und Sozialpolitik, den Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften, Gewerkschaften und Genossenschaften, sowie den Beziehungen der Gewerkschaften zu den Arbeiterunions (Gewerkschaftskartellen) und Arbeitersekretariaten sind besondere Kapitel mit orientierenden Darstellungen gewidmet, auf die wir jedoch hier nicht näher eingehen wollen, um nicht zu weitläufig zu werden.

Die Einnahmen der Kasse des Gewerkschaftsbundes beliefen sich auf 43 453 Frank, die Ausgaben auf 39 259 Frank, das Vermögen ist um 2877 Frank auf 12 332 Frank gestiegen. Für die Weiterentwicklung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung war das Jahr 1910 nicht günstig. Es stand wohl im Zeichen der wirtschaftlichen Besserung, aber es machten sich die Nachwirkungen der Krise von 1907 noch fühlbar und darum auch war die agitatorische Werbearbeit für die gewerkschaftliche Organisation nicht von befriedigenden Erfolgen begleitet. Dabei wirkten allerdings auch die ungünstigen Folgen verlorener Lohnkämpfe, so der Brauer, der Bau- und Metallarbeiter usw. mit, die sich in mehr oder weniger umfassender Mitgliederflucht äußerten, die auf die durch die Niedriglage bewirkte Enttäuschung und Entmutigung wie auch auf die Erpressung und Nötigung der Unternehmer, mit der sie den Austritt der Besiegten aus der Gewerkschaft erzwingen, zurückzuführen ist. Die guten Wirkungen erfolgreicher wirtschaftlicher Kämpfe auf die Weiterentwicklung der Gewerkschaften werden sehr deutlich veranschaulicht durch die bedeutenden Fortschritte der Gewerkschaften in Deutschland, die im Jahre 1910 geradezu von einem Siege zum anderen eilten und selbst die gewaltigsten Kämpfe, wie z. B. die Bauarbeiterausperrung, den Konflikt in der Wertindustrie usw., mit schönen Erfolgen beendeten.

Hat die agitatorische Werbearbeit in der Schweiz keine Erstarkung der Gewerkschaften gebracht, so hatte sie doch den Erfolg, die da und dort eingerissene Schwäche aufzuhalten und eine noch empfindlichere Schwächung der Verbände zu verhindern.

Unter diesen Umständen gestaltete sich die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910 und im Vergleich mit dem Vorjahre so:

Verbände	1910			1909		
	m.	w.	total	m.	w.	total
1. Buchbinder . . .	688	241	929	625	149	774
2. Friseur . . .	113	—	113	212	—	212
3. Gemeinde- und Staatsarbeiter . . .	2578	—	2578	2500	—	2500
4. Hilfsarbeiter im graph. Gewerbe . . .	676	287	963	690	242	932
5. Holzarbeiter . . .	6843	3	6846	6510	4	6514
6. Sattmacher . . .	230	11	241	200	20	220
7. Lebens- u. Gemüsmittel-Arbeiter . . .	2600	600	3200	3940	350	4290
8. Lederarbeiter . . .	1283	213	1496	1247	68	1315
9. Lithographen . . .	717	—	717	660	—	660
10. Lokomotivheizer . . .	2110	—	2110	2044	—	2044
11. Maler und Glaser . . .	3397	—	3397	3046	—	3046
12. Maurer und Handl. . .	2400	—	2400	2408	—	2408
13. Metallarbeiter . . .	12749	—	12749	12110	39	12149
14. Schneider . . .	1716	60	1776	1664	78	1742
15. Steinarbeiter . . .	1676	—	1676	2073	—	2073
16. Textilarbeiter . . .	4343	2718	7061	5629	1585	7214
17. Transportarbeiter . . .	1676	52	1728	1048	—	1048
18. Typographen . . .	3369	—	3369	3139	—	3139
19. Uhrenarbeiter . . .	8596	878	9474	10000	1500	11500
20. Zimmerer . . .	1690	—	1690	1354	—	1354
Total . . .	58820	5043	63863	62099	4075	66174

Der Vergleich der beiden Totalzahlen ergibt einen Rückgang der Gewerkschaftsmitglieder um 2311 oder 3,5 Proz. In diesem Rückgang sind jedoch nur 8 Verbände, nämlich die der Friseur, graphischen Hilfsarbeiter, der Lebens- und Gemüsmittelarbeiter, Maurer und Handlanger, Metallarbeiter, Steinarbeiter, Textil- und Uhrenarbeiter beteiligt, während die anderen 12 Verbände einen Mitgliederzuwachs erfuhren.

Im übrigen deckt sich die vorstehende Tabelle nicht vollständig mit dem Stande des Gewerkschaftsbundes in den beiden Vergleichsjahren. So z. B. figuriert in der Rubrik für 1909 auch der Lokomotivheizerverband, der aber erst am 1. Januar 1910 dem Gewerkschaftsbund beigetreten ist. Ohne seinen Anschluß wäre der Rückgang des Gewerkschaftsbundes ein entsprechend größerer; er würde bei genauer Beitragsberechnung rund 4000 statt nur 1885 betragen. Es gilt nun, wie der Bericht ansehnend betont, so viel als möglich dahin zu wirken, daß nicht nur entstandene Lücken ausgefüllt, sondern auch neuer Zuwachs für den Gewerkschaftsbund gewonnen werde. Dabei haben wir nicht bloß die Vermehrung seiner finanziellen Mittel, sondern ganz besonders auch die Steigerung seiner Bedeutung, seines Einflusses im wirtschaftlichen und politischen Existenzkampf der Arbeiterklasse im Auge. Vorereit wird es sich hier darum handeln, alles aufzubieten, damit die verschiedenen Verbände, die die härtesten Mitgliederverluste aufweisen, aus dem Zustand des Rückganges oder der Stagnation wieder in das Stadium normaler Entwicklung gebracht werden.

Mit Genugtuung liest man die Äußerung der Befriedigung des Lokomotivheizerverbandes über sein Verhältnis zum Gewerkschaftsbund und ebenso die Feststellung von der fortschreitenden Abwirtschafung der Syndikalisten in der welschen Schweiz, die



durch ihre erfolglose Generalstreikerei gefördert wurde.

Außerhalb des Gewerkschaftsbundes stehen heute noch der Verband der Feizer und Maschinisten mit 2200, der romanische Typographenbund mit 800, die Federazione Muraria (Verband italienischer Maurer) mit 900, verschiedene kleinere Verbände und lokale Gewerkschaften der romanischen Schweiz mit zirka 3500, insgesamt mit 7400 Mitgliedern. Von den Eisenbahnern sind etwa noch 21 000 außerhalb des Gewerkschaftsbundes, nachdem die Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten ihren Anschluß an den Gewerkschaftsbund mit dem 1. Januar 1911 beschlossen hat. Von den fernstehenden Eisenbahnern erhofft Genosse Suggler noch einen Zugang von 10 000 bis 12 000, der im Laufe der Zeit erfolgen dürfte. Der Gewerkschaftsbund hat also noch relativ bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten, ganz abgesehen von der Masse der unorganisierten Arbeiter, die für die einzelnen Verbände noch zu gewinnen sind und im Laufe der Zeit auch gewonnen werden müssen.

Die Einnahmen der 20 Verbände betragen 1 845 283 Frank, wovon mit 1 465 411 Frank der Hauptanteil auf die statutenmäßigen Mitgliederbeiträge entfällt. Diese Beitragssumme ist die höchste, die die Verbände bisher zu verzeichnen hatten; 1909 betrug sie 1 305 716 Frank. Die fortschreitende Erhöhung dieser Einnahmen ist offenbar nicht nur auf die Beitragserhöhung in dem einen und anderen Verbände zurückzuführen, sondern auch auf die promptere Zahlung der Beiträge durch die Mitglieder, die wieder mit der zunehmenden strengerer Kontrolle zusammenhängt. Dadurch dürfte aber auch zum Teil der Mitgliederrückgang verursacht worden sein, indem die nur papierernen Mitglieder mit vielen Beitragsrückständen eliminiert wurden.

Die Ausgaben der Verbände beliefen sich auf 1 629 251 Frank (1909: 1 163 503 Frank) und sind die Hauptausgabeposten: Krankenunterstützung 311 042 Frank (1909: 319 038 Frank), Invaliden- und Sterbeunterstützung 101 571 Frank (79 824 Frank), Reise- und Arbeitslosenunterstützung 85 443 Frank (96 945 Frank), Notfall-, Umzugsunterstützung usw. 18 363 Frank (15 678 Frank), Rechtsschutz 14 538 Frank (12 468 Frank). Für Streiks, Aussperrungen und Gemäßregelte mußten 555 099 Frank (174 801 Frank) aufgewendet werden. Die Verbandsorgane kosteten 143 941 Frank (131 744 Frank), die Vermittlung einschließlich der Druckkosten 233 829 Frank (202 816 Frank), für Agitation und Delegationen wurden 68 560 Frank (36 566 Frank) ausgegeben.

Demnach erhielten die Mitglieder in den verschiedenen Notlagen des Lebens rund 530 000 Frank aus den von ihnen geleisteten Beiträgen als Unterstützungen zurückgezahlt, wobei nur an Krankenunterstützung etwas weniger ausgegeben werden mußte als 1909, während alle anderen Unterstützungs-zweige und Einrichtungen der Verbände größere Ausgaben als 1909 erforderten.

Die 550 000 Frank für Streiks usw. sind die Kriegskosten der wirtschaftlichen Kämpfe und wenn sie das bisherige Maximum dieser Ausgaben ausmachen, so darf man darin die fortschreitende Verschärfung der Klassengegensätze und Massenkämpfe, die Steigerung des organisierten Widerstandes der Unternehmer gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter erblicken. Die Kämpfe drehen sich aber nicht nur um Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen, sondern auch um das Koalitions-

recht der Arbeiter, das von den kapitalistischen Republikanern in der schweizerischen Demokratie nicht weniger gehaßt, geraubt und bekämpft wird als von ihren gewalttätigen Klassengenossen in den Monarchien. Das Koalitions- oder Vereinsrecht ist den Arbeitern in der Schweiz wohl durch Kantons- und Bundesverfassungen garantiert, aber diese Garantie ist nur eine papierne, um die sich in der Praxis niemand kümmert, so daß es schublos dem Terrorismus der Unternehmer preisgegeben ist. Dieselben demokratischen Republikaner haben mit wahrhaft affenartiger Geschwindigkeit in Form kantonaler Antistreikgesetze Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter geschaffen und so sich als kapitalistische Massenstaaten ohne Feigenblatt enthüllt.

Im Berichtsjahre waren 326 wirtschaftliche Kämpfe zu verzeichnen, an denen 36 184 Arbeiter in 2488 Betrieben an 398 Orten beteiligt waren. Davon waren nur 19 780 Arbeiter, 19 515 männliche und 275 weibliche organisiert, so daß von den 36 000 Beteiligten nur 20 000 Gewerkschaftsmitglieder, 16 000 aber unorganisiert waren. Das ist ein bedenkliches Mißverhältnis und in jeder Beziehung von den schwersten Nachteilen für die Organisation, die die Kriegskosten für die Masse Unorganisierter aufbringen muß, ohne von ihnen dafür ein finanzielles Äquivalent zu erhalten, ohne geschlossene Solidarität und Disziplin zu haben, so daß auch die notwendige Garantie für die Aufrechterhaltung und Durchführung der erkämpften Erwerbungschaften zu einem großen Teile mangelt; in diesem Mangel liegt aber auch die Quelle steter Konflikte.

Von den 326 Kämpfen waren 247 mit 28 972 Beteiligten Lohnbewegungen, 78 mit 5796 Beteiligten Streiks und 11 mit 1655 Beteiligten Aussperrungen. Die Streiks und Aussperrungen hatten den Verlust von 133 065 Arbeitstagen zur Folge. Erzielt wurden in 62 Fällen für 7395 Arbeiter in 1148 Betrieben eine jährliche Arbeitszeitverkürzung von 907 192 Stunden; in 186 Fällen für 16 748 Arbeiter in 1517 Betrieben 1 723 800 Frank jährliche Lohnerhöhungen; in 105 Fällen für 11 318 Arbeiter in 1445 Betrieben wurden Tarifverträge abgeschlossen. Bei der Berücksichtigung aller Umstände muß man diese Erfolge noch als recht schätzenswert und bedeutsam bezeichnen.

Zu diesen materiellen Erfolgen kommen sodann noch die ideellen, die Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter, das Recht der Mitbestimmung bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen, bessere, anständigere Behandlung der Arbeiter durch die Unternehmer und ihre Angestellten, Verbesserung der hygienischen Einrichtungen usw.

Alles in allem genommen, dürfen sich die schweizerischen Gewerkschaften mit ihren Leistungen sehen lassen, wenn auch noch lange nicht das errungen wurde, was wünschenswert gewesen wäre. Es ist viel getan worden, aber es bleibt noch viel mehr zu tun und dies wird auch geleistet werden, wenn einmal das numerische Verhältnis der organisierten zu den unorganisierten Arbeitern umgekehrt ist, d. h. die ersteren die große Mehrheit und die anderen nur die kleine Minderheit bilden werden. Dann wird auch die von Genossen Suggler geprägte Zukunftsbewegung gelten: „Wir besitzen auch in der Schweiz eine Gewerkschaftsbewegung, die insinuiert ist, die Lohnarbeiter vor Ausbeutung, Unrecht und Not wirksam zu schützen.“

D. Zinner.

### Von den amerikanischen Gewerkschaften.

Der Schriftseherverband (International Typographical Union) hatte am Beginn des Verwaltungsjahres 1910/11 684 Ortsvereine; neu angeschlossen haben sich bis 31. Mai d. J. 26 und ausgeschieden sind 14 Ortsvereine, so daß 696 verblieben. Die Zahl der Mitglieder, für welche volle Jahresbeiträge entrichtet wurden, betrug 51 095, oder um 3247 mehr als 1909/10 und um 6174 mehr als 1908/09. Am 31. Mai 1911 zählte der Verband 56 185 Mitglieder, davon 50 574 in englischen Schriftseher-Ortsvereinen, 852 in deutschen Ortsvereinen, 1450 Zeitungsexpeditoren, 100 Schriftgießer und 104 Zeitungsschreiber; in unorganisierten Orten oder auf der Reise befanden sich 3105 Mitglieder. Die Einnahmen der Hauptkasse machten 561 178 Dollar aus, die Ausgaben hingegen nur 422 113 Dollar, so daß ein Gebarungüberschuß von 139 065 Dollar resultierte und der Vermögensbestand von 359 150 auf 498 215 Dollar stieg, wovon 93 394 Dollar auf den allgemeinen Fonds und 404 821 Dollar auf den Alterspensionsfonds entfielen. Von den Gesamteinnahmen wurden 283 788 Dollar (oder 51 Proz.) für Unterstützung von Mitgliedern aufgewendet, nämlich für Altersunterstützung 122 672 Dollar, für das Invalidenheim 92 366 Dollar, für Sterbegeld 47 920 Dollar, für Streiks und gewerbliche Bewegungen 20 830 Dollar. Seit 1. Mai 1890 betragen die Einnahmen der Hauptkasse 7,3 Millionen und die Ausgaben 6,8 Millionen Dollar. Altersunterstützung bezogen am 31. Mai 1911 808 Mitglieder, deren durchschnittliches Alter 66½ Jahre war. — An 25 Arbeitseinstellungen waren 189 Mitglieder des Verbandes beteiligt; je 7 Streiks wurden gewonnen und verloren, die übrigen waren bei Abschluß des Berichtes noch nicht beendet. Die meisten dieser Streiks kamen in kleinen Orten vor, wo die anderen Gewerbe noch vollständig unorganisiert sind und ungünstige Arbeitsverhältnisse herrschen. Wichtiger waren die Vertragsschlüsse mit der Butterick Publishing Co. und der Devinne Press in New York und der Druckerei des Wine and Spirit Bulletin in Louisville, welche sich gezwungen sahen, die Gewerkschaft anzuerkennen. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Mitgliedes stieg im letzten Jahre von 953 auf 973 Dollar.

Der Vorstand des Glasflaschenbläserverbandes (Glas Bottle Makers' Association) befaßt sich in seinem Bericht für das Verwaltungsjahr 1910/11 hauptsächlich mit den Folgen der Einführung neuer Maschinen, durch welche immer mehr Verbandsmitglieder von ihren Arbeitsplätzen verdrängt zu werden drohen. Am gefährlichsten ist in dieser Beziehung Owens automatische Flaschenmaschine, von der am Schlusse der letzten Arbeitszeit 109 Stück im Betrieb waren. Der Verband hält deshalb an seiner bisherigen Taktik fest, die darin besteht, die Lehrlingshaltung möglichst zu beschränken, die Einwanderung ausländischer Glasbläser zu hindern und während einiger Wochen in jedem Sommer die Betriebe still liegen zu lassen. Bisher dauerte diese Betriebsunterbrechung zwei Monate (Juli und August), doch bestehen die Unternehmer auf einer Verkürzung, da die Betriebe mit unorganisierten Arbeitern und Maschinen überhaupt keine Sommerruhe kennen und dort, wo Mitglieder der Flint Glass Workers' Union beschäftigt sind, währt die Stilllegung der Betriebe nur 14 Tage. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Differenzen in der Sache in der nächsten Saison zu einem Arbeits-

kampf in der Glasindustrie führen. Der Konflikt mit den Flint Glass Workers — der Gewerkschaft der Kristallglasmacher — war auch im letzten Jahre nicht beizulegen; jede der beiden Organisationen wünscht, daß ihre Mitglieder allein berufen sind, gewisse Warengattungen herzustellen. Es könnte da nur durch Schaffung einer einheitlichen Organisation der Glasarbeiter abgeholfen werden. — In finanzieller Beziehung schloß das letzte Jahr für die Glasbottler Blowers sehr befriedigend ab. Die Gesamteinnahmen betragen (bei einem Mitgliederstand von etwa 10 000) 177 643 Dollar und die Ausgaben 123 891 Dollar, wovon 53 664 Dollar auf Ablebensunterstützung und 70 227 Dollar auf gewerbliche Zwecke und Verwaltung entfielen. Das verfügbare Vermögen stieg von 64 123 Dollar auf 117 875 Dollar; dazu kommt noch ein Reservefonds von 230 000 Dollar, der in Regierungsbonds angelegt ist. Einzelheiten über die Verteilung der Ausgaben enthält der Vorstandsbericht nicht.

Die Mitgliederzahl des Verbandes der Musikinstrumentenmacher (Piano, Organ and Musical Instrument Workers International Union) ging von 1905 bis 1910 sehr stark zurück, in dem mit 31. Mai 1911 abgeschlossenen Verwaltungsjahr stieg sie aber wieder. Der Verband hatte nämlich 1905 10 222 Mitglieder, 1906 8774, 1907 8528, 1908 5990, 1909 4064, 1910 3606 und 1911 4816 Mitglieder. Verlorene Streiks waren in erster Linie die Ursache der Mitgliederverluste. Für Streikunterstützung wurden verausgabt:

Im Jahre	Insgesamt	Pro Mittel.
1905 . . . . .	44 450 Doll.	4,34 Doll.
1906 . . . . .	6 128 "	0,69 "
1907 . . . . .	72 163 "	8,46 "
1908 . . . . .	15 525 "	2,59 "
1909 . . . . .	596 "	0,14 "
1910 . . . . .	28 "	— "
1911 . . . . .	24 "	— "

In den letzten drei Verwaltungsjahren wurden keine großen Streiks mehr geführt. An gemahragelte Mitglieder wurde in den sieben Jahren 1905—1911 die Summe von 1871 Dollar ausgezahlt. Diese Gewerkschaft pflegt auch die Kranken- und Ablebensunterstützung und verausgabte seit 1905

Für	Ueberhaupt Doll.	Pro Mittel u. Jahr
Krankenunterstützung	48 823	1,05
Unterstützung beim Ableben von Mitgliedern	22 600	0,49
Unterstützung beim Ableben von Frauen von Mitgliedern	2 840	0,11

Die auf jedes Mitglied treffenden Kosten der Krankenunterstützung waren 1911 am geringsten (82 Cents) und 1908 am höchsten (1,22 Dollar). Der Verband besteht gegenwärtig aus 23 Ortsvereinen; daß die Fluktuation eine sehr große ist, bezeugt der Umstand, daß in den letzten 5 Jahren 19 Ortsvereine ausgeschieden und 14 sich neu angeschlossen.

Der Verband der Steinbrucharbeiter (Quarry Workers International Union) hat auf seiner kürzlich in Boston abgehaltenen Generalversammlung die Mindestbeitragsgebühr von 1 Dollar auf 3 Dollar erhöht und den Monatsbeitrag von 50 auf 80 Cents hinaufgesetzt. Dafür wird künftig das Sterbegeld je nach der Dauer der Mitgliedschaft 50 bis 125 Dollar betragen; bisher war das einheitliche Ausmaß 50 Dollar. — Mitglieder, die dem Verband mindestens 10 Jahre angehören, sind bei Vollendung

des 60. Lebensjahres von der Beitragsleistung befreit und erhalten 50 Dollar ausbezahlt; doch haben bei ihrem Ableben die Hinterbliebenen nur auf ein um den gleichen Betrag reduziertes Sterbegeld Anspruch.

In der Stadt New York hat sich ein Ausschuss gebildet, der dafür agitiert, daß am Tage des Beginnens der Verhandlung gegen den eines Sprengstoffattentats angeklagten Gewerkschaftssekretär Mc Namara ein eintägiger Generalstreik stattfindet. Diese Agitation wird von W. D. Sawwood geleitet, doch stoßt sie in Gewerkschaftskreisen auf recht wenig Sympathie, da man weiß, daß der Generalstreik nicht das Mittel sein kann, um einen Justizmord zu verhüten. Zur Verteidigung Mc Namaras soll jede Gewerkschaft, gemäß dem Beschluß der Vorstandskonferenz, pro Mitglied 25 Cents entrichten.

### Kongresse.

#### Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Zigarrensortierer und Ristenbekleber Deutschlands.

Dresden, 3. bis 5. September.

Es waren anwesend 88 Delegierte, 2 Vertreter des Vorstandes, ein Vertreter des Ausschusses und als Gäste 2 Vertreter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes sowie ein Vertreter der Generalkommission. Zur Beratung stand als einziger Punkt: Die Vereinigung mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband und die Vorschläge der beiden Vorstände. Der Referent E. Arnold-Hamburg gibt zunächst einen Rückblick über die Entstehung und Entwicklung der beiden in Betracht kommenden Verbände. Der Verband der Zigarrensortierer, dessen Gründung vor 26 Jahren erfolgt sei, lege von vornherein großen Wert auf das Unterstützungswesen. Er sei die einzige Organisation, die die Arbeitslosenunterstützung von Anfang an durchführte. Aber, so führte er weiter aus, schon auf der ersten Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1888 wurde die Frage der Verschmelzung mit dem Tabakarbeiterverband diskutiert; dasselbe sei der Fall gewesen auf allen späteren Generalversammlungen. Auch der Tabakarbeiterverband habe sich auf fast allen seinen Generalversammlungen mit der Verschmelzungsfrage beschäftigt. Das trennende Moment sei bisher immer das Unterstützungswesen, insbesondere die Arbeitslosenunterstützung gewesen. Lange Zeit hindurch habe sich der Tabakarbeiterverband diesen Einrichtungen gegenüber ablehnend verhalten; nach und nach jedoch habe er seine Ansichten geändert und 1903 auch die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Allerdings nicht so weitgehend, wie der Verband der Zigarrensortierer. Inzwischen habe sich aber der Tabakarbeiterverband bemüht, den Einrichtungen des Verbandes der Zigarrensortierer möglichst nahe zu kommen, so daß gegenwärtig die Unterschiede nur noch geringe seien und deshalb die Unterstützungs-einrichtungen der beiden Verbände kein Hindernis für die Verschmelzung mehr bildeten. Andererseits ließen verschiedene Umstände die Verschmelzung als zweckmäßig und notwendig erscheinen. Während der letzten 20 Jahre seien auch im Tabakgewerbe bedeutende Veränderungen vor sich gegangen. Die Kleinarbeit habe mehr und mehr Eingang gefunden, die Fabrikation sei von den Städten auf das Land verlegt worden, wo die Arbeitskräfte billiger

zu haben seien. Das erschwere die Agitation und die Organisationsarbeit bei den Sortierern noch mehr als bei den übrigen Tabakararbeitern. Ueberhaupt sei die Stellung der Sortierer in der Produktion nicht mehr so günstig wie früher. Hinzu komme, daß sich die Unternehmer inzwischen gut organisiert haben und sich gegenseitig im Kampf gegen die Arbeiter zur Seite stehen. Alle diese Umstände erschweren heute den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter in der Tabakindustrie weit mehr als in früheren Jahren; sie müßten deshalb versuchen, sich mehr Macht zu verschaffen und das sei bis zu einem gewissen Grade durch die Zusammenlegung der beiden Verbände zu erreichen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit werde dadurch gehoben; die Verbekraft der Organisation erhöht und damit auch eine größere Kampfesfähigkeit derselben erzielt. Der Zeitpunkt für die Verschmelzung sei gekommen; würde sie diesmal nicht beschlossen, so sei die Frage wiederum nur vertagt. Es frage sich aber, ob mit dem Hinausschieben der endgültigen Lösung die Situation sich für die Sortierer bessere; wahrscheinlich werde das Gegenteil eintreten. Nach Lage der Sache würden die Delegierten die Interessen der Sortierer am besten wahren, wenn sie geschlossen der Verschmelzung zustimmten.

Vor Eintritt in die Debatte legte dann noch der Vorsitzende des Tabakarbeiterverbandes seinen Standpunkt bezw. den seiner Organisation in der Sache dar. Seine Ausführungen deden sich im wesentlichen mit denen des Referenten. Er erwartet durch den Zusammenschluß der beiden Verbände einen nicht unbedeutenden Vorteil hinsichtlich der Agitation; was im Hinblick auf die beträchtliche Zahl der indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie von großer Wichtigkeit sei. Auch der Zersplitterung müßte entgegen gearbeitet werden. Gegenwärtig beständen vier Organisationen für die Tabakarbeiter. Mit den Christlichen und Hirsch-Dunkerischen sei eine Verständigung in dieser Beziehung ja nicht möglich, sie müßten deshalb bekämpft werden. Diesem gegenüber würde aber die Position der der freien Richtung angehörigen Tabakarbeiter-Organisationen eine stärkere sein, wenn sie sich zusammenschließen. Auch er ersucht der Verschmelzung zuzustimmen.

Die Debatte war eine sehr ausgedehnte. Die meisten Delegierten sprachen sich für die Verschmelzung aus. Die Gegner der Verschmelzung hegen die Befürchtung, daß die Interessen der Sortierer durch den Tabakarbeiterverband nicht genügend vertreten würden. Auch die Unterstützungseinrichtungen, besonders die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ließen zu wünschen übrig.

Nachdem die Generaldebatte geschlossen war, wurde in die Beratung der von den Vorständen der beiden Verbände ausgearbeiteten Einigungsvorschläge eingetreten. Demnach kann für Zigarrensortierer in Orten, wo mehr als 10 Mitglieder vorhanden sind, eine besondere Sektion gebildet werden. Diese Mitglieder haben das Recht, unter Beachtung und Befolgung aller statutarischen Bestimmungen über zu ergreifende Maßregeln zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Abwehr von Verschlechterungen selbständig zu beraten. Es werden sechs Beitragsklassen gebildet. Der Beitrag beträgt in der niedrigsten Klasse 10 Pf. und in der höchsten Klasse 90 Pf. In der gleichen Weise stuft sich auch die Streik-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung und die Unterstützung bei Sterbefällen ab. Den Zahl-

stellen wird das Recht eingeräumt, für lokale Verbandszwecke obligatorisch Extrabeiträge zu erheben. Außerdem wird empfohlen, folgende Vorschläge anzuerkennen:

1. Bei der Verschmelzung wird von dem Vermögen des Sortiererverbandes pro Kopf seiner Mitglieder an den Gesamtverband soviel abgeführt, wie das Vermögen des Tabakarbeiterverbandes pro Kopf seiner Mitglieder beträgt.

2. Aus dem Rest des vorhandenen Vermögens des Sortiererverbandes wird ein Reservefonds gebildet, der von der Hauptkasse des Gesamtverbandes verwaltet wird.

3. Aus diesem Reservefonds werden an die am Tage der Verschmelzung vollberechtigten Mitglieder des Sortiererverbandes folgende Unterstützungen bezahlt bzw. garantiert:

a) Die ersten drei Tage Unterstützung in Krankheitsfällen.

b) Die Dauer der Arbeitslosen- und der Krankenunterstützung, welche die Mitglieder des Sortiererverbandes nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft in beiden Verbänden erworben haben, berechnet nach den Bestimmungen der Vorstandsbeschlüsse des Sortiererverbandes (§§ 9 und 10 sowie § 25).

4. Diese besonderen Unterstützungseinrichtungen beziehen sich nicht auf die Höhe der Unterstützungssummen, sondern nur auf die Dauer und werden auf sechs Jahre, vom Tage der Verschmelzung ab gerechnet, garantiert. Für die Höhe der Unterstützungen gelten die Bestimmungen des Gesamtverbandes.

5. Nach Verlauf der sechs Jahre fällt der Restbestand des Reservefonds, inklusive der laufenden Zinsen der Hauptkasse des Gesamtverbandes zu.

6. Wird der Fonds vor Ablauf der sechs Jahre aufgebraucht, so fällt die Garantie fort und alle weiteren besonderen Zahlungen hören auf.

7. Beiträge zu diesem Reservefonds dürfen in keiner Zahlstelle mehr erhoben werden.

Diesen Vorschlägen wurde in fast allen wesentlichen Punkten zugestimmt und einige Abänderungsanträge den Vorständen zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Antrag, die Entscheidung über die Verschmelzung durch Abstimmung herbeizuführen, wurde mit 58 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Dann wurde in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung erklärt sich mit der Vereinigung des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenkleber Deutschlands mit dem Deutschen Tabakarbeiterverbande einverstanden und beauftragt den Vorstand, auf Grundlage der vorliegenden Einigungsvorschläge und der dazu angenommenen Anträge die Vereinigung in die Wege zu leiten.“

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt.

### Schweizerischer Gewerkschaftskongress.

Das Bundescomité beruft auf den 23. September für eine dreitägige Dauer den Gewerkschaftskongress nach St. Gallen ein. Auf der Tagesordnung stehen außer der Berichterstattung verschiedene Referate, so über die allgemeine Situation der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung (Referent Sekretär Suggler), Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes (Nationalrat Dr. Studer), Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften, die Interessengemeinschaft der Eisenbahner, der Staats- und Gemeindearbeiter mit den Arbeitern in Privatbetrieben (Graulich), Partei- und Gewerkschaften (Nationalrat Eugster), Feuerung und Lohnarbeiter. Z.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Der Abschluß der Bewegung im britischen Transportgewerbe.

Endlich nach mehr als zwei Monaten hartem und aufopferungsvollem Ringen kam die Streikbewegung im Transportgewerbe am 24. August siegreich auf der ganzen Linie zu Ende. In meinem vorigen Artikel habe ich schon darauf hingewiesen, daß die bei diesem Kampf in Betracht kommenden Organisationen auf ihre eigene Kraft angewiesen, schwerlich siegreich aus demselben hätten hervorgehen können, entscheidend war hier das unorganisierte Element. Indessen ist es wohl nicht angängig, hieraus eine neue Kampfstheorie zu machen. Die Organisation ist und bleibt das Rückgrat jeder mächtigen Vorwärtsbewegung. Alle stattgefundenen Streiks der letzten zwei Monate rekrutierten sich aber aus den niedrig bezahlten und ungelerten Arbeiterkategorien. Hätte die englische Gewerkschaftsbewegung in den letzten zwanzig Jahren nicht stagniert, so hätte man schon längst Mittel und Wege gefunden haben müssen, um die elende Lage dieser Arbeiterkategorien zu heben. Aber dazu hat man weder Zeit noch Lust gehabt. Was — um nur ein Beispiel anzuführen — hat das Londoner Gewerkschaftskartell in den letzten zwanzig Jahren getan zur Organisierung solcher Proletarierschichten, die bis heute keinerlei Gewerkschaft angehören, oder aber um schwache Gewerkschaften zu stärken? Die Gewerkschaftskartelle sind hier meistens politische Disfunktionsklubs, in denen man sich um die Probleme des wirtschaftlichen Kampfes wenig oder gar nicht kümmert. Ueberhaupt galt es in gewissen Kreisen als eine feste Regel, daß es ganz unmöglich sei, die Lebenslage der untersten Volksschichten innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung zu heben. Die Kämpfe der letzten Monate haben diese Illusion glücklicherweise zerstört. Die Streiks sind durchaus nicht auf das Transportgewerbe beschränkt geblieben, sondern ergriffen geradezu alle ungelerten Berufe beiderlei Geschlechts.

So erfolgreich nun auch all diese Kämpfe waren, so haben sie doch noch lange nicht alles bewerkstelligt zur Erzielung einer auch nur annähernd anständigen Lebenslage. Was die Lage vieler Arbeiterschichten unertaglich macht, ist der Umstand, daß das System der ungelerten und Gelegenheitsarbeiter (casual labour) in England so verbreitet ist. Bis jetzt hat man es selbst in politisch organisierten Arbeiterkreisen für unmöglich gehalten, auf diesem Gebiete etwas tun zu können, ja, man befürchtete sogar, daß eine Beseitigung oder gar nur eine Beschränkung der „casual labour“ die Arbeitsgelegenheit der geleerten Arbeiter verringern müsse. Zweifellos hat die machtvolle Revoltierung dazu beigetragen, die Arbeitgeber darauf zu stoßen, wie notwendig es ist, auf diesem Gebiete Abhilfe zu schaffen.

Wenn man nun dem Kampfe selbst einige Worte widmet, so wäre es ganz müßig, wollte man leugnen, daß gar manche Phase in demselben besser unterblieben wäre. „Führer und Massen“ waren in fortwährender Kollision, was in diesem Falle dem Endresultat nicht hindernd im Wege stand. Es kann im Gegenteil nicht geleugnet werden, daß der „Tranquillität der Massen“ bei den Eisenbahnern zum Generalstreik führte. Wäre es von der Initiative der Führer abhängig gewesen, ein solches Ergebnis wäre geradezu undenkbar geblieben, da sie doch nicht so mit

nichts dir nichts einen nun einmal bestehenden Vertrag brechen konnten. Und doch war dieser Kontraktbruch von großer Bedeutung und kam die Massendemonstration im richtigen Moment, was bei der Londoner Bewegung nicht der Fall war. Hier wäre es zweifellos besser gewesen, der offene Kampf wäre ausgebrochen, bevor die Einigungsverhandlungen der Vertreter der Arbeiter und Unternehmer beendet waren. In Liverpool hat die Tatsache, daß einige hundert Mann die vereinbarten Bedingungen nicht anerkennen wollten, der dortigen gesamten Arbeiterschaft einen aufopferungswollen Kampf aufgezwungen, dessen Erträgnis gleich Null ist, wie wir noch weiter unten zeigen werden. Ueberhaupt kann nicht scharf genug hervorgehoben werden, daß ein fortwährender Bruch einmal vorhandener Verträge der Arbeiterklasse selber am meisten schädigen würde. Es ist stets das Bestreben der organisierten Arbeiterklasse gewesen, wirtschaftlichen, zwischen Vertretern der Arbeiter und Unternehmer zustande gekommenen Verträgen Gesetzkraft zu verleihen. Wie aber kann so etwas hochgehalten werden, wenn die Arbeiter selbst stets die Verträge brechen? Wie kann man es da verhindern, wenn auch schließlich die Unternehmer dieselben brechen und das vielleicht in einem Moment, wo es bestimmten Schichten der Arbeiter am unangenehmsten ist.

Das Sturmcenrum der letzten Wochen war Liverpool, für mehr als drei Wochen befand sich die Stadt sozusagen in einem Bürgerkriege. Ein großer Teil der Schuld an diesen hier Platz gegriffenen blutigen Zusammenstößen trägt die Behörde, an deren Spitze der Oberbürgermeister stand. Die Volksmassen wurden fortwährend in der brutalsten und grausamsten Art gereizt. Auf den Plätzen, wo man gerade Versammlungen abhielt, stellten sich ganze Trupps von Soldaten ein; durch die versammelte Menge dahinten sie sich ihren Weg, wobei es beargwöhnlicher Weise zu Zusammenstößen kam. Viele Reibereien entstanden auch dadurch, daß die Streikenden verbotenen, die Arbeitswilligen an ihrer Arbeit zu hindern. So wurden alle Frachtwagen unter schwerem militärischem Schutz in die Stadt begleitet. Bei diesen Vorgängen ging die Behörde auch viel schärfer vor als in anderen Streikgebieten. In fast allen Städten traf man mit dem Streikomitee Vereinbarungen zur Erzielung freier und unbehinderter Beförderung von Lebensmitteln. Auf den meisten Wagen waren große Plakate angebracht mit der Aufschrift: „Dieser Wagen steht unter dem Schutz des Streikomitees.“ Selbst die Liverpooler Autoritäten tennnen nicht umhin, diesbezüglich die Macht des Streikomitees anzuerkennen.

Diese Stadt nimmt unter den englischen Hafenhäfen eine eigenartige Stellung ein. In jeder Hafenstadt gibt es eine Anhäufung von Elend und Armut. Die Docke beschäftigen eine große Masse von „casual Labour“, Leute, denen nie das Glück beschieden ist, eine volle Woche hintereinander zu arbeiten, zwei, drei, vier Tage ist das Höchste, was diese Unglücklichen ergattern können. Es sind „über-schüssige Arbeitskräfte“, die in gewöhnlichen Zeiten für irgend einen Lohn arbeiten. Sie fristen ihr Leben mit den Jhrigen in schmutzigen verpesteten Höhlen; ihre Nahrung besteht aus Abfällen. Die Kinder dieser verwahrlosten Menschen laufen kuschelhaft nackt in den Straßen umher. Sie gehören keinerlei Arbeiterorganisation an. Anerkanntermaßen beherbergt Liverpool den größten Prozentsatz dieser „Ausgestoßenen“. Ganze Viertel der Stadt

bewohnen sie. Was auch viel zur Verrohung dieser unglücklichen Menschenmassen beiträgt, ist, daß ein großer Zufluß irischer Landarbeiter alljährlich stattfindet. Leute, die keinerlei Handwerk verüben, suchen an den Docks ihr Heil. Zwischen den Einheimischen und den Irländern besteht fortwährende Feindschaft, die von gewissen Politikern gehegt und gepflegt wird und meist in religiös-sektirischen Kämpfen ihren Ausfluß hat. Die Geschichte Liverpools ist überreich an Kämpfen dieser Art und blutigen Straßenkämpfen.

Kann es da wundernehmen, wenn solche Massen in wirklich aufgeregten Zeiten in die Aktion treten, ohne daß es ihnen so recht klar wird, um was da eigentlich gekämpft wird? Die Machthaber der heutigen Gesellschaft kümmern sich das ganze Jahr nicht um die Zustände und finden „aufrührerische Bewegungen“ unter ihnen statt, so schiebt man einfach Polizei und Militär dorthin zur „Wiederherstellung der Ruhe“.

Der Kampf fand am 24. August sein Ende. An diesem Tage sandte Mr. James Sexton, Sekretär der Dockers, folgendes Schreiben an Mr. Astuith, leitender Beamter des Arbeitsamtes, welcher in der Stadt weilte, um den endgiltigen Frieden wiederherzustellen:

„Nachdem die Differenzen mit den Tramway-leuten erledigt, sind alle Hemmnisse, die einer Wiederaufnahme der Arbeit an den Docks im Wege standen, weggeräumt worden. Die Leute sind bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen und wir (d. h. der Hauptvorstand der Dockers, D. A.) sind gewillt, folgende Verpflichtungen zu übernehmen: 1. Unser Bestes zu tun, daß alle Leute wieder die Arbeit aufnehmen; 2. daß wir in loyaler Weise den am 3. August abgeschlossenen Vertrag hochhalten wollen; 3. wollen wir uns verpflichten, weder moralische noch finanzielle Unterstützung jener unserer Mitglieder zukommen zu lassen, die diesen Vertrag brechen wollten. Die Arbeiter der Müllunternehmer wollen ebenfalls die Arbeit aufnehmen, vorausgesetzt, daß die Unternehmer sich für eine Konferenz entscheiden. Die Wirtenhead Dockers werden daselbst tun, sobald sie unser Manifest erhalten, mit der Versicherung, daß die unerledigten Streitpunkte einer Konferenz zwischen Vertretern der Arbeiter und Unternehmer überwiesen werden. Die Kohlenhauer haben sich den am Anfang meines Briefes angeführten Bedingungen zu fügen. Zum Schluß spreche ich die Ansicht aus, daß wir keinerlei Schwierigkeiten erwarten, und sollte dies doch der Fall sein, so sind wir bereit, jeden von der Gewerkschaft auszuschließen, der sich unseren Bedingungen widersetzen sollte.“

In London war der Kampf bekanntlich am Morgen des 12. August offiziell für beendet erklärt worden; jedoch waren die Nachwirkungen dieser riesenhaften Bewegung viel stärker, als man anfänglich annahm. Anstatt daß Montag, 14. August, all-gemein die Arbeit wieder aufgenommen wurde, stellte sich heraus, daß große Massen der verschiedenen Arbeiterkategorien sich weigerten, zu den abgemachten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. Die Ursache hiervon muß leider zum Teil den Führern selbst zugeschrieben werden; hatten diese doch den Leuten mitgeteilt, daß auch in Zukunft die Forderung betreffend Bezahlung der Mahlzeitstunde bewilligt sei. Ferner hatte man fortwährend die Auf-forderung ergehen lassen, nicht mehr mit Nicht-gewerkschaftlern zusammen zu arbeiten. Als die Arbeiter diesen Rat treu befolgten, stellte es sich

zu tun. Die Vorschrift des § 113 der Reichsgewerbeordnung, daß das Zeugnis über diese Umstände zu lauten hat, ist aber dahin zu deuten, daß das Zeugnis auch ausschließlich darüber zu berichten hat. Andernfalls hätte es der Arbeitgeber in der Hand, durch allerlei sonstige Zusätze, etwa über das Privatleben des Dienstverpflichteten, den Zweck der Vorschriften des § 113 der Reichsgewerbeordnung, dem Dienstverpflichteten durch Ausstellung eines Zeugnisses sein Fortkommen zu erleichtern, illusorisch zu machen. Das kann aber nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprechen. Der Kläger kann daher die Befestigung der Worte: „um sich an einer Streifbewegung zu beteiligen“ verlangen.

H. Kornacker.

### Partelle und Sekretariate.

#### Gewerkschaftssekretär gesucht.

Die Gewerkschaftskommission Barmen-Eberfeld beabsichtigt, zum 1. Januar 1912 einen Sekretär anzustellen. Es wird auf einen in der Gewerkschaftsbewegung durchaus bewanderten, agitatorisch sowie organisatorisch befähigten Genossen reflektiert. Anstellungsbedingungen sind die des Vereins Arbeiterpresse. In ähnlicher Stellung zurückgelegte Dienstjahre werden eventuell angerechnet. Bewerbungen mit entsprechender Aufschrift werden bis spätestens 15. Oktober cr. an unterzeichnete Adresse erbeten. August Hoff, Barmen, Viktorstr. 26.

### Andere Organisationen.

#### Charakteristische Urteile über den Centrums- gewerkschaftsverein der Bergarbeiter.

Der Zechenverband im Ruhrrevier hielt am 27. Mai in Essen seine ordentliche Hauptversammlung ab, wobei der Geschäftsführer des Verbandes, Herr von Löwenstein, über die Haltung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter während und nach der letzten Lohnbewegung Bemerkungen machte, die von großem Interesse für die organisierte Arbeiterschaft sind. Die Leitung des Gewerkschafts hatte es damals abgelehnt, mit den anderen Verbänden gemeinsam vorzugehen, angeblich, weil die „Bergarbeiterzeitung“ die empfindlichen Herren zu scharf angefaßt hatte; ferner sollte die Konjunktur ungünstig sein. Das waren freilich nur Vorwände; die wirkliche Ursache lag vielmehr in den wahltechnischen Bedürfnissen des Centrums zur kommenden Reichstagswahl. Das wird jetzt durch Herrn von Löwenstein bestätigt. Die Tatsache, daß die Gewerkschaftsleitung trotz der nach ihrer Behauptung ungünstigen Konjunktur eine Bittschrift um Lohnserhöhung bei den Zechenherren einreichte, beurteilt der Geschäftsführer des Zechenverbandes nach einem Bericht der „Essener Arbeiterzeitung“ wie folgt:

„Dieser Schritt ist dem Gewerkschaftsverein fast verhängnisvoll geworden! Denn der Gewerkschaftsverein hätte eigentlich wissen sollen, daß in der Stellungnahme des Zechenverbandes bezüglich der Verhandlungsfrage mit den politischen (?) Arbeiterorganisationen seines (?) Reviers bislang noch keine Wendung eingetreten ist.“

Zu der Bitte, die Löhne doch etwas zu erhöhen, sagte Herr von Löwenstein voller Bohn:

„Es ist nicht anzunehmen, daß dem christlichen Gewerkschaftsverein die demnächstigen Lohnverhältnisse wie die Markttag unbekannt gewesen sind. In der Nummer des „Bergknappen“ vom 1. April rühmt sich wenigstens der Gewerkschaftsverein, die allgemeine wirtschaftliche Lage richtig beurteilt zu haben.“

Wenn aber der Gewerkschaftsverein im April 1911 die Situation richtig beurteilt hat, dann hat er auch hinsichtlich Ende 1910 die Lage beurteilen können und es ist eigentlich nicht zu verstehen, weshalb er, anstatt anstrengend zu wirken, eruchte nur erfindbare Begehrungsverstellungen bei seinen Mitgliedern erweckte.“

Das ist bitter! Aber es kommt noch besser! Herr von Löwenstein fährt fort:

„Dann wurde der christliche Gewerkschaftsverein sich sagen — und das ist schließlich der größte Vorwurf, den ihm seine Freunde (G. u. U.) werfen können — daß in demselben Augenblick, in dem seine Vorgabe bekannt wurde, kein anderer (Gewerkschafts-) Verband, nun auch seinerseits mit Forderungen an den Zechenverband herantrat, welche die die Würde des Gewerkschaftsvereins nicht in den Schatten stellen würden. Das ist denn auch mit der bekannten moralischen Forderung einer 15prozentigen Lohnserhöhung geschehen.“

Herr von Löwenstein schilderte sodann die radikale Tonart, wie sie von den Centrums-Gewerkschaften solange zur Gewinnung von Mitgliedern beliebt wurde, als das Nachwort der kirchlichen Eberhirten noch nicht vorlag und die Reichstagswahlstrif des Centrums keinen größeren Einfluß auf ihre Haltung zu haben brauchte. Er fährt dann fort:

„Das ist der Ton, wie wir ihn bislang von dem christlichen Gewerkschaftsverein her gewohnt waren. Gegen Ende des Jahres schlug dann plötzlich die Stimmung um, die lauten Anklagen gegen das Unternehmertum nahmen ab und verhallten zeitweilig vollständig. Man las jetzt, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in dem Unternehmertum nicht bloß die Ausbeuter und Schmarotzer sah, sie erkannte auch dessen große Verdienste um die deutsche Volkswirtschaft an. Für diejenigen, welche den „Bergknappen“ regelmäßig lesen, ein überraschender Umwandlung!“

Ich will mich mit diesem Hinweis auf die Tatsache des erfolgten Stimmungswechsels begnügen. Man zu erfahren in man auf Vermutungen angewiesen und da liegt es zunächst nahe, sich des großen Einflusses des Kardinalbischofs Kopp und an dessen bekannte eindringliche Mahnung, die er gelegentlich des 25jährigen Jubiläumstages des Breslauer katholischen Arbeitervereins an die christlichen Gewerkschaften richtete, zu erinnern. „Wir gehen zu weit“, sagte er, „wenn wir in der Frage unserer irdischen Interessen mit dem Staat in Hand gehen wollen, die von Gott und Religion, Himmel und Ewigkeit nicht wissen wollen und die Religion grundsätzlich von allem Erdenwüsten austreten. Ein solches Vorgehen trägt in sich die große Gefahr, allmählich und unmerklich seinen Grundfesten zu wackeln und mehr und mehr die religiöse Ueberzeugung zu schwächen.“

Eine andere Vermutung weist auf eine politische Stimmungswirkung seitens des Centrums hin, das, wie die „Boh“ sehr richtig bemerkt, vielleicht doch erkannt hat, daß man in der Ueberzeugung der Arbeitermassen zu weit gegangen sei und daß eine immer stärker fortschreitende Entwicklung in „christlicher“ Richtung auf futuristischem und sozialpolitischem Gebiet mit der aristokratisch-konservativen Forderung des kirchlichen Lebens auf die Dauer nicht vereinbar sei.

Sei es nun die Wahrung hoher geistlicher Würdenträger, seien es politische Erwägungen oder andere Gründe, Tatsache ist, daß sich das Hauptorgan des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter in der letzten Zeit scharfer als je gegen den alten Verband wendet und daß der frühere geschäftliche Ton gegen die Werksverwaltungen einer etwas friedlicheren Stimmung gewichen ist.“

Das, was Herr von Löwenstein hier über die Haltung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter sagt, trifft nun auch auf die übrige christliche Gewerkschaftspresse zu, die im letzten Jahre eine außerordentlich scharfe Wahlagitatorik gegen die Sozialdemokratie, zum Teil auch gegen die v. Liberalen, getrieben hat, während sie die Nationalliberalen und die übrigen rechtsstehenden Parteien unbehelligt läßt. Von den Nationalliberalen, in deren Lager die rheinisch-westfälischen Industriellen zu finden sind, erhofft das Centrum in diesem Bezirk bei den Wah-

heraus, daß über diese Punkte keinerlei Abmachungen bestanden, weshalb die Unternehmer sich auch weigerten, hier nachzugeben. Indessen entstanden auch Heiberien viel ernsthafterer Natur. Die Krüthenhandel betreibenden Kaufleute weigerten sich, die abgemachten Bedingungen anzuerkennen, da, wie sie behaupteten, sie ihre Unterschrift nicht zu den Abmachungen gegeben. So war der Streik am 16. August wieder allgemein entbrannt. Indessen spielte bei dieser Krisis die Regierung eine anerkennenswerte Rolle im Interesse des Friedens. Das Handelsministerium im Verein mit dem Minister für Lokalverwaltung, Mr. John Burns, waren unermüdet an der Arbeit und wurde am Donnerstag ein endgültiger Friede für alle Arbeiterkategorien erzielt. Alle Unternehmergruppen erklärten sich bereit, die am 11. August zustande gekommenen Bedingungen anzuerkennen und die Vertreter der Arbeiter verpflichteten sich, keine neuen Forderungen in die Bedingungen hineinzulesen. Die Forderung betreffend Mahlzeiten wurde vollständig preisgegeben. Ferner verpflichteten sich die Arbeiter, auf Aufseher und Schreiber keinerlei Zwang auszuüben in bezug auf Zugehörigkeit zur T. W. F.

Die Transport Workers Federation geht ungeheuer gestärkt aus dem ganzen Kampfe im Transportgewerbe hervor. In einer Versammlung des Exekutivrates, der am 24. d. M. tagte, wurde festgestellt, daß während des Kampfes im ganzen Lande 95 000 neue Mitglieder gewonnen wurden.

Die Errungenschaften der Londoner Transportarbeiter sind:

1. Lichterschiffer, zweistündige Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche, 25 Proz. Lohnerhöhung, proportionell erhöhte Bezahlung der Heiberzeit, angemessene Ruhepausen für die Mahlzeiten.

2. Fuhrleute, Festsetzung der Arbeitszeit auf 72 Stunden pro Woche; die bisherige Arbeitszeit betrug 90 bis 100 Stunden. Bezahlung für Heiberzeit von 6 Penny bis 1 Schilling je nach der Schwere des Fuhrwerks. Bisher wurde keinerlei Heiberzeit bezahlt. Die wöchentlichen Lohnerhöhungen betrafen sich von 4 auf 7 Schillinge pro Woche.

3. Docker, Lohnerhöhung von 1 Penny pro Stunde, Erhöhung der Heiberzeit von 9 Penny auf 1 Schilling.

4. Bunkerleute, 20prozentige Lohnerhöhung. In Grimsby, Liverpool, Manchester, Cardiff usw. betragen die errungenen Lohnerhöhungen 10 bis 25 Proz.

London, 4. September. B. Weingarb.

## Gewerbegerichtliches.

### Wahlen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Merseburg a. Saale wurde die Liste des Gewerkschaftsartikels gewählt, so daß jetzt sämtliche sieben Arbeitnehmerbeisitzer den freien Gewerkschaften angehören, anstatt bisher sechs. Gewählt wurde auf Grund des Verhältniswahlsystems.

### Vom Recht der Zeugnisse.

Ueber diese Frage, über die eigentlich Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen sollten, hatte kürzlich das Gewerbegericht zu Hannover zu entscheiden. Der Kläger war seit dem Jahre 1901 in einer Hannoverschen Geschäftshäuserfabrik als Einzieher beschäftigt gewesen und hatte sein Ar-

beitsverhältnis nach vorausgegangenem ordnungsmäßiger Kündigung am 7. Oktober gelöst, um sich an dem Streik der Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen zu beteiligen. Er erhielt von der beklagten Firma folgendes Zeugnis ausgestellt:

Wir bescheinigen hiermit dem Einzieher Herrn . . . . ., daß er am 14. Oktober 1901 in unsere Dienste getreten ist und seinen Posten bei uns nach ordnungsmäßiger Kündigung am 7. Oktober 1910 aufgegeben hat, um sich an einer Streikbewegung zu beteiligen. Mit seiner Führung und seinen Leistungen waren wir zufrieden. (Unterschrift.)

Der Kläger hielt den Zusatz: „um sich an einer Streikbewegung zu beteiligen“ für unzulässig und verlangte mit entsprechendem Antrage dessen Beseitigung.

Der Vertreter der beklagten Firma verttrat die Ansicht, daß der § 113 Absatz c der Reichsgewerbeordnung, der besage, daß es den Arbeitgebern untersagt sei, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaute des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen, hier nicht zur Anwendung kommen könne, denn geheime Merkmale seien im Zeugnisse nicht enthalten, es sei vielmehr klar zum Ausdruck gebracht, weshalb der Kläger sein Arbeitsverhältnis gelöst habe. Dieses zu wissen liege aber im Interesse der künftigen Arbeitgeber. Die Firma glaube deshalb berechtigt zu sein, diesen Zusatz dem Zeugnis hinzuzufügen, wie auch andere Arbeitgeber am Ort gleichartige Zeugnisse ausgestellt hätten. Im übrigen sei ein Streik doch keine ehrenrührige Sache und kein Arbeitgeber würde Anstoß daran nehmen, den betreffenden Arbeiter einzustellen. Die Erfahrungen der Arbeiter lehren etwas anderes.

Der Vertreter des Klägers erhob den Einwand, daß der strittige Zusatz einen Bericht der Firma über das Verhalten des Klägers nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses darstelle, indem das Arbeitsverhältnis am 7. Oktober gelöst wurde, der Streik der Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen aber erst am 8. Oktober begonnen habe. Ueber diese Zeit ein Zeugnis auszustellen, müsse er der Firma die Berechtigung bestreiten.

Das Gewerbegericht trat der Ansicht des klägerischen Vertreters bei. Das Urteil lautete: Die Beklagte wird kostenpflichtig verurteilt, dem Kläger ein Zeugnis mit dem Wortlaute des bislang ausgestellten, jedoch unter Fortlassung der Worte „um sich an einer Streikbewegung zu beteiligen“ auszustellen. Die Entscheidungsgründe lauten:

Nach § 113 Absatz 1 und 2 der Reichsgewerbeordnung können die Arbeiter beim Abgange ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung bezw. auch über ihre Führung und Leistungen verlangen.

Ueber den Rahmen dieser Vorschrift ist die Beklagte im vorliegenden Falle hinausgegangen, indem sie nicht nur über das Verhalten des Klägers während der Dauer der Beschäftigung bei ihr berichtet, sondern auch noch über dessen Tun nach seinem Austritt Auskunft gegeben hat. Der Umstand, daß der Kläger das Dienstverhältnis bei der Beklagten kündigte, um sich an einer Streikbewegung zu beteiligen, berührt weder die Art und Dauer des Dienstverhältnisses noch die Führung und Leistungen des Klägers im Dienst. Er stellt lediglich das Motiv dar, das dem Kläger zum Aufgeben des Arbeitsverhältnisses veranlaßte, hat aber mit seinem Verhalten während des Arbeitsverhältnisses nichts

len die Rettung seiner Mandate. Daher die plötzliche Friedensliebe des Centrumsgewerksvereins, über dessen Bedeutung Herr von Löwenstein übrigens eine recht geringe Meinung zu haben scheint. Er sagt:

„Von ausschlaggebender Bedeutung für die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet ist der christliche Verband m. E. so wie so nicht mehr. Es ist auch wohl nicht deshalb der vor einigen Monaten drohende Streik vermieden worden, weil der christliche Verband sich dem gemeinsamen Vorgehen der drei anderen Organisationen nicht angeschlossen hatte. Der alte Verband hatte einfach das Nachtmittel des Streiks schon nicht mehr nötig, nachdem durch das Abflauen der radikalen Tonart des christlichen Verbandes eine recht erhebliche Stärkung seiner Reihen eingetreten und ihm auch eine große Zahl neuer Anhänger zugeströmt war. Ja, der christliche Gewerksverein kann dem alten Verband nur dankbar sein, daß er es nicht zum Streik kommen ließ. Er wäre anders in weit empfindlicherer Nähe in seinem Mitgliederbestande geschwächt worden.“

Wir bringen diese Ausführungen des Herrn von Löwenstein, weil sie, soweit sie sich auf den Gewerksverein beziehen, den Nagel auf den Kopf treffen. Müßichtsloser sind die „christlichen“ Herrschaften noch nicht von „ihren Freunden“ im Unternehmerlager entlarvt worden. Sie hatten die Aufgabe erhalten, durch ihre Taktik der schwarzblauen Reaktion einige Mandate zu retten und müssen nun erleben, daß sie auch hier durchschaut wurden. Es ist von Wert, daß die Arbeiterschaft im Reiche darüber aufgeklärt wird.

### Ein „Streik“ der Straßenbahner in Saarbrücken.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel brach am 22. August unter den Straßenbahnern im Saartal ein Streik aus, der auch ebenso schnell noch an demselben Tage „siegreich“ abgebrochen wurde, aber dennoch ein allgemeines Interesse beansprucht, nicht des „Erfolges“, sondern der Umstände wegen, die er gezeitigt hat. Die Straßenbahner im Saartal, einschließlich der Stadt Saarbrücken, gehören der Allgemeinen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zu Berlin, die sich ein „zufriedenes“ Dienstpersonal dadurch erhalten wollte, daß sie im Dienstvertrag, den jeder Angestellte und Arbeiter unterschreiben muß, die Bestimmung aufnahm, daß kein Angestellter noch Arbeiter einer freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaft angehören darf. Die Direktion wollte keine „unzufriedene Elemente“, keine „Hecker“ in ihrem Betrieb dulden, die das „gute Einvernehmen zwischen Arbeiterschaft und Verwaltung“ stören, vor allem glaubte sie dadurch vor einem Streik gesichert zu sein, und so nahm sie es sehr genau mit jener Bestimmung, warf jeden hinaus, der dem freien Transportarbeiterverbände angehörte. Den „christlichen“ und Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften durften die Straßenbahner mit Wissen der Direktion angehören, aber auch diesen gelang es nicht, auch nur eine kleine Zahl für ihre Verbände einzufangen. Seit einigen Wochen betrieben die „Christen“, denen alle Lokale offen, denen die sämtlichen Tageszeitungen zur Verfügung stehen, eine fieberhafte Agitation unter den Straßenbahnern und schlugen diesen die Einreichung einer Eingabe mit zehn Forderungen vor, u. a. Lohnaufbesserung, Verkürzung der Arbeitszeit

von 11 bis 14 auf 10 Stunden, jeden Monat einen freien Sonntag, Einsetzung eines Arbeiterausschusses, Regelung des Strafwesens, der Fahrzeiten usw. In der Versammlung, wo diese Forderungen formuliert und aufgestellt wurden, hatte sich auch der Vertreter des freien Transportarbeiterverbandes, Genosse Heugel, mit einigen, dem Transportarbeiterverbände angehörenden Straßenbahnern eingefunden, wurden aber von den „Christen“ hinausgewiesen, zu keiner Sitzung noch Verhandlung zugelassen! Die Direktion lehnte alle Forderungen ab, worauf dann am 21. August eine größere Straßenbahnerversammlung stattfand, in welcher erst 70 bis 80 Resolutionen für den „christlichen“ Centralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstige Industriearbeiter gemacht und dann der sofortige Streik beschlossen wurde. Genosse Bosawé, Vertreter des Metallarbeiterverbandes, der mit einigen Mitgliedern an der Sache beteiligt war, wollte darauf hinweisen, daß erst die Mündigkeitsfrist — 4 Wochen — eingehalten, die gestellte Kaution von pro Mann 100 Mk. sichergestellt, die Unterstützungsfrage geregelt sein müßte, bevor ein Streik beschlossen werden könne, wurde niedergeschrien, das Wort entzogen und ihm mit Hinauswerfen gedroht! Diejenigen „Christen“, deren Vertreter im Reichstag den Kontraktbruch verurteilten, begingen hier ohne Gewissenskrüpele Kontraktbruch!! Die Abstimmung erfolgte „geheim“ mittels Zettel, jedoch mußte jeder seinen Namen auf den Zettel schreiben! Die freien Gewerkschaftler entschieden sich der Abstimmung, beschlossen aber, sich stillschweigend den Majoritätsbeschlüssen zu fügen und Solidarität zu üben. Am Streiktag wurden allerhand Verhandlungen zwischen der Direktion, dem Oberbürgermeister und den „Christen“ gepflogen, worüber etwas Bestimmtes nicht zu erfahren war, doch das eine steht fest, daß die Direktion die Aussperrung angekündigt hat, falls am andern Tage die Arbeit nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen werde! Die „Christen“ reden von Zugeständnissen, was die Direktion bestreitet. In der Abendversammlung vom 22. August, in welcher der Streik abgebrochen werden mußte, wurden die Vertreter der freien Gewerkschaften hinausgewiesen, und als sie nicht freiwillig gehen wollten, mit Gewalt hinausgeworfen! Die „Christen“ fürchteten ihre Anwesenheit, deshalb griffen sie zur physischen Gewalt! Und das heißt Terror! Dieser Streik ist eines der köstlichsten Bilder, welche die Ironie des Schicksals hervorzuzaubern vermag.

### Mitteilungen.

#### An die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 39 des „Corr.-Bl.“ wird die Statistische Beilage Nr. 7, enthaltend die Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1910 beigegeben. Der Gesamtumfang der Nummer beträgt 48 Seiten.

Die Generalkommission.